

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 174 · 15. JAHRGANG · AUSGABE 7/2009 VOM 19. JUNI 2009 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **TWE: Auf dem Weg
in die Insolvenz?**
3,5 Mio Euro Verlust im Jahr 2008

9 | **Gleichstellungsgesetz
mit wenig Erfolg**
»Inklusion« für Behinderte

11 | **Keine Seenprivatisierung
in Ostdeutschland**
Bündnisgrüner Antrag im Bundestag

Sternmarsch am 12. Juni in Eberswalde:

Mehr Kitapersonal auf dem Wunschzettel



Nach dem ersten Sternmarsch der Kitainitiative Barnim am 28. Mai in Bernau (BBP 6/2009) folgte am Freitag, dem 12. Juni, in Eberswalde die zweite Auflage. Gegen 15 Uhr sammelten sich Eltern, Kinder und Erzieherinnen am Ziel des Sternmarsches beim Paul-Wunderlich-Haus in Eberswalde zu einer Kundgebung.

Grund für den Sternmarschs und die Kundgebung sind die schlechten Arbeitsbedingungen in den Kindergärten und den Kitas. Durch zu große Gruppen und zu wenige Fachkräfte in den jeweiligen Gruppen bleibt fast keine Zeit mehr für die individuelle Förderung eines jeden Kindes. Und jedes Kind hat doch einen Anspruch und ein Recht auf Bildung, auf Unterstützung seiner Fähigkeiten, auf Förderung seiner Defizite.

Eine Rednerin appellierte an alle Teilnehmer, nicht damit aufzuhören, an den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Herrn Matthias Platzeck Brandbriefe aus dem Alltag in den Kitas zu schreiben. Und auch Ewa Kapitula, Vorsitzende des Kitaausschusses der Kita Arche Noah, schilderte eindringlich die Mißstände in den Kitas.

Unter anderem wurden an den Bürgermeister der Stadt Eberswalde Herrn Friedhelm Boginski mehrere Tausend Wunschzettel überreicht. Wünsche der Eltern, der Kinder, der Erzieherinnen, für eine Verbesserung des Kitaalltags.

Unverständlich für alle war, daß Herr Boginski sich nicht die Zeit nahm, um das Gespräch mit den Teilnehmern der Veranstaltung zu su-

chen. Aber immerhin waren zwei Stadtverordnete vor Ort: Carsten Zinn und Hans Pieper unterstützten diese Versammlung.

BEATRIX VON PAPPRITZ, Erzieherin

Auszüge aus der Rede von Frau Ewa Kapitula:

...in all den Jahren beobachteten viele Eltern und ich häufige Erzieherwechsel wegen längerer Krankheiten. Es kommen 1,10 Euro Jobber zur Hilfe, die aber nicht die nötige Fachmännische Ausbildung haben. Praktikanten die die Unterstützung der Erzieher brauchen. All diese Kräfte sind helfend, aber ersetzen nicht das pädagogische Fachpersonal. ...Bei Krankheit kann erst nach sechs Wochen eine Vertretung eingesetzt werden. Kinder werden »aufgeteilt« in die verschiedenen Gruppen. Darunter leidet die Qualität der Arbeit. Erzieherinnen gehen frustriert nach Hause, eine gute Teamarbeit ist oft nicht mehr möglich, die Geduld für die Kinder fehlt.

...Wir haben gute Bildungsprogramme, aber kaum Zeit sie kontinuierlich einzuhalten. Das Land ist in der Pflicht. Auch die Stadt sollte dafür sorgen, daß jedes Kind eine gute Bildung bekommen kann. Geld ist auch genügend da, trotz Finanzkrise – nur die Verteilung stimmt nicht. ...Kinder sind unser höchstes Gut.

Organisiert euch in den Kitas!
Lernt euch kennen!

Redet miteinander!

Feste feiern ohne Nazis – Der DVU den Stecker ziehen

Antifaschistische Demonstration am 20. Juni in Eberswalde

Am 20. Juni findet das mittlerweile 10. Sommerfest der DVU in Finowfurt statt. Als festes Datum, rund um die so genannte Sommwendfeier, hat sich das Fest mit Bratwurst, Bier und Kinderschminken etabliert. Jedes Jahr lädt Klaus Mann (Mitglied des DVU-Landesvorstandes und Vorsitzender des Kreisverbandes Barnim/Uckermark/Oberhavel) Neonazis von DVU, NPD und Kameradschaften auf sein Grundstück ein.

Grund genug den Nazis am 20. Juni zu zeigen, daß wir keinen Bock auf sie haben. Kein Bock auf ihr Biedermann Image, hinter dem sie ihre neonazistische Ideologie verstecken. Kein Bock auf deutsche Bratwurst, kein Bock auf Nazimucke und völkische Bräuche! Neben dem DVU Sommerfest wollen wir auch auf den Naziladen im angrenzenden Eberswalde aufmerksam machen. Denn wir haben kein Bock auf rechten Lifestyle!

Deshalb rufen wir auf zu einer kraftvollen antifaschistischen Demonstration am 20. Juni um 14 Uhr. Los geht's am Bahnhof Eberswalde!

»Antifaschistische Aktion« im Nordosten Brandenburgs

Friß oder stirb

Die Eberswalder Politbürokratie schlägt mal wieder Kapriolen. Da zeigt sich die Stadtverwaltung völlig überrascht vom Geldsegen des Konjunkturpaketes. Statt gründlich vorbereitete Projekte aus der Schublade zu ziehen, werden urplötzlich völlig unausgereifte Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Im Kitabereich war erst erheblicher Druck seitens der Stadtverordneten erforderlich, einen überlegten Neubau abzuwenden und statt dessen die Konjunkturpaketgelder in die seit langem auf der Tagesordnung stehende Instandsetzung und Modernisierung von Kitas und Schulen zu stecken.

Auch für den Neubau eines neuen Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr Eberswalde gibt es seit langem gewichtige Argumente. Daher war es verständlich, daß die Stadtverordneten bei diesem Verwaltungsvorschlag mitgingen. Doch bald mußte man feststellen, daß zwar die Notwendigkeit für ein neues Feuerwehrdepot bekannt war, aber auch hier die entsprechend ausgearbeiteten Pläne fehlen. Bei der folgenden Standortdiskussion machte die Bauverwaltung der Stadt einmal mehr einen völlig konfuse Eindruck.

Für die Feuerwehrleute und für die Stadtverordneten heißt es nun: »Friß oder stirb«. Für den Standort am Schneidemühlenweg gibt es nur EIN Argument: »Soviel Zeit haben wir nicht« (MOZ, 11.6.2009). Das einst als Feuerwehr-Standort favorisierte Grundstück an der Bergerstraße ist im Zusammenhang mit dem Parkverbotskonzept in der Innenstadt längst als Parkplatz für die Stadtverwaltungsmitarbeiter verplant worden. Man muß halt Prioritäten setzen. Die Feuerwehrleute »wollen das Bauvorhaben nicht zerreden« und schlucken die vorgeworfenen Kröten.

Wenn es nun heißt: »Das letzte Wort haben die Abgeordneten«, sehen sich diese in der gleichen frustrierenden Lage wie die Feuerwehrleute. Dank der Vorbereitungen der Stadtverwaltung bleiben offensichtlich nur die Alternativen entweder einem Vorhaben zuzustimmen, bei dem für ein nicht optimales Projekt rund eine Millionen Euro verbraten werden, oder auf eine Nutzung der Konjunkturpaketmittel zu verzichten. »Freie demokratische Entscheidung« nennt man das dann.

Natürlich tragen die Stadtverordneten, die jetzigen und die gewesenen, vor allem die jeweiligen Mehrheiten, eine politische Mitverantwortung für die Mängel in der Arbeit der Stadtverwaltung. Blindes Vertrauen in die uneigennützigste Findigkeit und Eigeninitiative der Dezernenten und Amtsleiter reicht offenbar nicht aus. Auch wenn es für ehrenamtlich tätige Freizeitpolitiker keineswegs leicht ist, müssen die Stadtverordneten besser lernen, ihrer Verwaltung konkrete politische Vorgaben zu machen und diese dann auch zu kontrollieren. Eine kluge Verwaltung wird das unterstützen.

GERD MARKMANN

Ein Vierteljahr nach Fragestellung:

Noch immer keine Antwort

Eberswalde (bbp). Mittlerweile sind fast drei Monate ins Land gegangen, seitdem die Fraktion der Linken in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde ihre Anfrage zu den »Aufgaben im Bereich Umwelt und Natur« stellte (BBP 4 und 6/2009). Zur Sitzung der StVV am 26. März hatte Bürgermeister Friedhelm Boginski eine schriftliche Antwort zugesagt. Einen Monat später, am 30. April, versprach Baudezernent Dr. Gunther Prüger, die Antwort werde »nachgereicht«. Bis zur StVV am 28. Mai war diese Nachreichung immer noch nicht erfolgt und auch in den Unterlagen für die Sitzung am 25. Juni, die bereits an die Stadtverordneten versandt wurden, sucht man die Antwort auf die Anfrage vom März vergeblich.

Die Anfrage zur Organisation der Umweltaufgaben in der Eberswalder Stadtverwaltung hatte der Stadtverordnete Jörg Schneiderei auf Anregung der AG Umwelt bei den Bärnmer Linken eingebracht. Schneiderei fragte,

welche Pflicht- und welche freiwilligen Aufgaben im Bereich Umwelt und Natur in der Stadt Eberswalde realisiert werden und welche Struktureinheiten der Stadtverwaltung sich damit befassen.

Mehr Barrierefreiheit

Eberswalde (bbp). Die bündnisgrüne Fraktion in der StVV Eberswalde hat vorgeschlagen, im Haushaltsjahr 2010 aus dem Haushaltstitel zur Unterhaltung der Gemeindestraßen jeweils 2,5 % der eingestellten Mittel für kleinteilige Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit und zur Förderung des Radverkehrs bereitzustellen. Die Mittel sollen für wenig kostenintensive Maßnahmen, wie z.B. Bordsteinabsenkungen, Fahrbahnmarkierungen, Ausschilderungen u.ä. eingesetzt werden. Der Vorschlag ist Bestandteil der Tagesordnung der StVV-Sitzung am 25. Juni.

Bürgeramt-Außenstellen geschlossen

Protestbrief des Ortsvorstehers Carsten Zinn (DIE LINKE) an Bürgermeister Boginski

Eberswalde (bbp). Anlässlich der aktuellen Schließung der Außenstellen des Eberswalder Bürgeramtes in Finow und im Brandenburgischen Viertel wandte sich der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn am mit einem Brief an Bürgermeister Friedhelm Boginski. Darin gibt er zunächst seinem Unverständnis Ausdruck, daß er als Ortsvorsteher eines der betroffenen Stadteile über die Schließung nicht offiziell informiert wurde. Erst durch die Beschwerde eines Bürgers habe er von der Schließung erfahren.

»Als Grund für die Schließung«, schreibt Carsten Zinn in dem Brief, »wird die Erkrankung mehrerer Mitarbeiter/innen genannt. Sie können mit meinem Verständnis für die schwierige Situation rechnen, die durch die Krankheitsfälle im Bürgeramt entstanden ist. Allerdings halte ich es für ein verheerendes Signal an die Bürgerinnen und Bürger in Finow und im Brandenburgischen Viertel, wenn deshalb die Außenstellen gleich 'bis auf Widerruf' völlig geschlossen werden.« Dies könne als Hinweis gewertet werden, daß die Stadtverwaltung eine generelle Abschaffung der Außenstellen des Bürgeramtes beabsichtigt.

»Bei einem solchen Vorhaben«, so Zinn, »dürfen Sie mit meinem Widerspruch rechnen«. Der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels bittet den Bürgermeister um Klarstellung, daß keine generelle Abschaffung oder Einschränkung der Außenstellen des Bürgeramtes beabsichtigt sind.

Für den momentanen personellen Engpaß solle der Bürgermeister eine Lösung organisieren, die zumindest eine zeitlich reduzierte Öff-

nung der Außenstellen garantiert. Für den Fall einer länger andauernden krankheitsbedingten Minderbesetzung im Bürgeramt (mehr als 3 Wochen) sollte Boginski Maßnahmen innerhalb der gesamten Stadtverwaltung treffen, »die dem Bürgeramt als einem der wichtigsten Teile der Stadtverwaltung mit Bürgerkontakt die vollständige Arbeitsfähigkeit garantieren«.

Carsten Zinn nutzte am 11. Juni die Sitzung des Finanzausschusses, um seitens der Stadtverwaltung eine Reaktion auf seine Protestnote zu erfahren. Vom Verwaltungsdezernenten der Stadt Bellay Gatzlaff erhielt er die Antwort, daß sich die Führungsriege der Stadt dazu erst auf der Dezernentenkonferenz ein »Meinungsbild« erarbeiten müsse. Der 1. Beigeordnete Lutz Landmann sei vom Bürgermeister mit der Antwort beauftragt worden. Baudezernent Dr. Gunther Prüger nutzte die Gelegenheit für mobbingartige Ausfälle gegenüber Carsten Zinn. Dieser blockierte mit seinen ständigen Anfragen die Arbeit der Stadtverwaltung.

Mit der Frage zur Schließung der Bürgeramtsaußenstellen in Finow und im Brandenburgischen Viertel scheint ein Wespennest angestoßen worden zu sein. Die erbetene Klarstellung durch den Bürgermeister, daß keine generelle Abschaffung oder Einschränkung der Außenstellen beabsichtigt sei, hätte bei Fehlen einer solchen Absicht ohne weiteres schnell und unbürokratisch erfolgen können.

Da noch keine Antwort erfolgte, bat Carsten Zinn inzwischen darum, die Frage offiziell auf die Tagesordnung der StVV-Sitzung am 25. Juni zu setzen.

Technische Werke Eberswalde:

Auf dem Weg in die Insolvenz

Über 3,5 Millionen Euro Verlust im Jahr 2008

Eberswalde (bbp). Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 28. Mai »Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des von der Technischen Werke Eberswalde GmbH betriebenen Sportzentrums Westend« beschlossen. Konkret besteht die »Verbesserung« in einer Anhebung der Entgelte für die Sport- und Schwimmhalle.

Geschäftsführer Horst Schaefer gab zuvor im Finanzausschuß der Stadt einen durchaus kritischen Bericht zur wirtschaftlichen Situation der TWE. Danach ist die momentane finanzielle Lage des Unternehmens komfortabel, denn die TWE hatten aus dem Verkauf der Geschäftsanteile an den Stadtwerken in den Jahren 2002 und 2005 insgesamt 29 Millionen Euro außerplanmäßige Einnahmen. Mit dem Verkauf lösten die TWE ihre schon 2002 bestehenden finanziellen Probleme und wendeten damit das Ende der TWE ab. Inzwischen jedoch haben die jährlichen Verluste der TWE dieses gewaltige Polster von 29 Millionen (von denen 8 Mio Euro an die Stadt ausgeschüttet wurden) schon zu einem Teil aufgefrissen. Schaefer schätzte ein, daß dieser Mittelbestand voraussichtlich bis 2016/2017 aufgebraucht sein würde. Wie es dann weitergehen soll, konnte er nicht sagen.

Etwa 100.000 Euro Mehreinnahmen sollen durch die Preisanhebung in die Kasse der stadteigenen Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) fließen. Damit könnten laut Aussage von Bürgermeister Friedhelm Boginski Kostensteigerungen für Energie, diverse andere Betriebskosten und Tarifierhöhungen abgefertigt werden. Am jährlichen Zuschußbedarf von rund 1,2 Millionen Euro, der aus der Rücklage der TWE aus dem Verkauf der Stadtwerke finanziert wird, ändere sich nichts.

Tatsächlich sieht die wirtschaftliche Situation der TWE derzeit alles andere als rosig aus. Die Verluste stiegen im Jahr 2008 auf knapp 2,5 Millionen Euro. Den Hauptteil von rund 1,4 Millionen Euro steuerte die Schwimmhalle bei. Weitere 200.000 Euro Miese gehen auf die Sporthalle zurück.

Bei diesen beiden Betriebsteilen sind die Verluste und deren Übernahme durch die TWE politisch gewollt. Nach der ursprünglichen Philosophie sollten diese Verluste durch die Gewinne der anderen Betriebsteile der TWE, insbesondere durch die Beteiligung an den Stadtwerken, ausgeglichen werden. Allerdings wurden die Stadtwerkeanteile, gerade ab jenem Moment, wo sie begannen, Gewinne abzuwerfen, unter dubiosen und bislang nicht ge-

klärten Begleitumständen während der Regentschaft des 2006 abgewählten Bürgermeisters Reinhard Schulz an die Mitgesellschafter EWE und e.dis verkauft. Letztere haben inzwischen durch akzeptierte Strafbefehle den geäußerten Korruptionsverdacht bestätigt.

Die verbliebenen Geschäftszweige der TWE können die entstandene Lücke nicht schließen. Der Hafen, im Vorjahr infolge des Kanalausbaus noch relativ gut ausgelastet, erwirtschaftete 2008 nach Schätzungen der BBP-Redaktion rund eine halbe Million Euro Verlust. Mit weiteren 150.000 Euro Minus dürfte der Finowkanalpark mit der jetzt fluchtartig geräumten Gaststätte Lido zu Buche schlagen. Selbst bei den Liegenschaften verloren die TWE im Jahr 2008 zwischen 150.000 und 200.000 Euro.

Doch diese 2,5 Millionen Euro Verlust sind nicht genug der Hiobsbotschaften. Eine weitere Millionen-summe sollen die TWE berappen als Steuernachforderung für die ausgeschütteten Gewinne aus dem Verkauf der Stadtwerkeanteile (BBP 12/2008). In Summe betragen damit die finanziellen Verluste und Forderungen allein im Jahr 2008 mindestens 3,5 Millionen Euro. Die Finanzreserven aus den Anteilsverkäufen dürften demnach weitaus schneller als geplant zur Neige gehen.

Trotz dieser außerordentlich kritischen Situation gibt es derzeit keinerlei Konzepte, wie die TWE saniert werden könnten. Es gibt noch nicht einmal die Absicht, ein Sanierungskonzept zu erarbeiten. Der TWE-Aufsichtsratsvorsitzende Volker Passoke (Die Linke) wies Forderungen Albrecht Trillers (Die Fraktionslosen) nach einem solchen Konzept mit der Begründung zurück, die TWE entwickelten sich gut, alle Sparten außer das Sportzentrum wür-

den schwarze Zahlen schreiben. Aber das Sportzentrum hätten alle gewollt und das dürfe heute nicht in Frage gestellt werden – was allerdings auch niemand forderte. Trillers Kritik betraf vor allem die Subventionierung des geplanten Mischfutterwerkes durch den Bau eines neuen Gleises und einer Förderbrücke mit Bandanlage. Zugleich eine Gebührenerhöhung für die baff-Benutzer zu beschließen, hieße die Augen vor den Realitäten zu verschließen und einseitig die Bürger zur Kasse zu bitten, so Triller. Um die Stadtverordneten nachdenklicher zu machen, beantragte die Fraktion »Die Fraktionslosen« eine namentliche Abstimmung über die Vorlage. 20 Abgeordnete stimmten für die Vorlage, 6 dagegen und 3 enthielten sich der Stimme.



Vor vier Jahren

Am 28. Juni 2005 wurde der Vertrag über den Verkauf der Anteile der Technischen Werke Eberswalde GmbH an den Stadtwerken Eberswalde vom Geschäftsführer der TWE, Horst Schaefer, unterzeichnet. Die Unterzeichnung geschah, obwohl zu diesem Zeitpunkt bekannt war, daß

- der Beschluß der Gesellschafterversammlung (in der Zusammensetzung des Hauptausschusses der Stadt) den Verkauf beschlossen hatte, ohne dazu vorher die gesetzlich vorgeschriebene Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung einzuholen,
- die Stadtverordnetenversammlung am 16.06.2005 den rechtswidrigen Beschluß über den Verkauf der Geschäftsanteile faßte (rechtswidrig, weil in nicht öffentlicher Sitzung),
- diesem Beschluß der StVV schriftlich widersprochen und zunächst eine Sondersitzung der StVV zur erneuten Beschlussfassung anberaumt worden war.

Mit der Unterzeichnung des Anteilsverkaufsvertrages am 28. Juni 2005 wurden vollendete Tatsachen geschaffen. Der Vertrag war rechtskräftig, auch wenn die Handlungsvollmacht für den Geschäftsführer rechtswidrig erteilt wurde. Dies konnte jedoch nur im Innenverhältnis zu Konsequenzen führen. Doch auch Anzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden haben nichts bewirkt.

Die unverständliche Vorgehensweise wurde im Nachhinein dadurch erhellt, daß im Zusammenhang mit den Anteilsverkäufen »Spenden« geflossen sind. Die Aufdeckung des Spendenskandals im Juni 2006 beschleunigte die überfällige Abwahl des Bürgermeisters Schulz.

Schadenersatzforderungen

Eberswalde (bbp). Die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) und der Stadt Eberswalde gegenüber einem Steuerbüro standen am 11. Juni auf der Tagesordnung des Eberswalder Finanzausschusses. Dem Steuerbüro wird Falschberatung vorgeworfen. Hintergrund sind offenbar die Steuernachforderungen in Höhe von mehr als einer Million Euro durch das Finanzamt für die an die Stadt ausgeschütteten Erlöse aus dem rechtswidrig zustande gekommenen Verkauf der Stadtwerkeanteile durch die TWE.

Weitere nichtöffentliche Tagesordnungspunkte waren ein Vergleich der Stadt mit der IIC GmbH wegen Straßenbaubeiträgen in der Angermünder Straße sowie die Grundstücksverkäufe des Grundstücks Eberswalder Str. 105 (ehem. Neckermann, zuvor Haus der Kultur) und Am Kanal 36 (ehem. Badeanstalt). Außer dem Verkauf der Badeanstalt werdem die Beschlußvorlagen auch in der nichtöffentlichen Sitzung der StVV am 25. Juni behandelt.

Vor drei Jahren

Am 23. Juni 2006 hatten »Beamte des Landeskriminalamtes Eberswalde und Staatsanwalt Stefan Heidenreich aus Neuruppin (...) zahlreiche Akten und Unterlagen aus dem Dienstzimmer des stellvertretenden Bürgermeisters Lutz Landmann und aus der Stadtkasse beschlagnahmt. Die Aktion kam für die Mitarbeiter des Rathauses überraschend. Eine weitere Durchsuchung fand zeitgleich bei den Stadtwerken Eberswalde an der Bergerstraße statt. Auch dort wurden zahlreiche Unterlagen sichergestellt. Die Ermittlungsgruppe Korruption reagierte damit auf eine Anzeige, die am Donnerstagsabend in der Polizeiwache erstattet wurde« (MOZ, 24.6.2006).

Gegenstand der Anzeige war der Verdacht, daß im Zusammenhang mit dem Verkauf der Stadtwerkeanteile der TWE an die Mitgesellschafter »Spenden« genannte Schmiergelder geflossen sind. Die Aufdeckung dieses Spendenskandals durch Albrecht Triller dürfte erheblichen Einfluß auf das Stimmverhalten der Eberswalder Bürgerinnen und Bürger gehabt haben, als sie im Juli 2006 über den Antrag zur Abwahl von Bürgermeister Reinhard Schulz entschieden.

Seit drei Jahren ermittelt die Staatsanwaltschaft. Anklage wurde noch immer nicht erhoben. Daß der Verdacht nicht unbegründet war, wird durch die Tatsache belegt, daß die »edlen Spender«, nämlich die Anteils Käufer, inzwischen sechsstelligen Beträge an das Gericht für die Einstellung der gegen sie eingeleiteten Verfahren zahlten.

Nach drei Jahren sollte die Frage erlaubt sein, welche Gründe vorliegen, daß das Verfahren gegen Exbürgermeister Schulz noch nicht abgeschlossen ist. An der Bedeutung des Falles kann es nicht liegen. Immerhin rund 900.000 Euro fragwürdige »Spenden« von den Gesellschaftern der Stadtwerke Eberswalde GmbH flossen an die Stadt. Es geht auch nicht um den Kavaliärsdelikt eines beliebigen Bürgers, sondern um die Straftat eines Repräsentanten der Stadt. Die Verfolgung solcher Wirtschaftstraftaten ist von größter Bedeutung. Die schleppende Bearbeitung des Verfahrens wirkt geradezu als Einladung für Nachahmer.

Eberswalde hat seit 2006 einen neuen Bürgermeister. Aber personelle Veränderungen als Folge des Spendenskandals gab es nicht, als wäre der Spendenskandal ohne Mitwirkung weiterer Mitarbeiter der Stadtverwaltung möglich gewesen.

Weitere Fragen sind noch offen. Darf die Stadt Eberswalde die »Spenden« behalten? Es darf angenommen werden, daß sie eigentlich Teil des Kaufpreises waren, der nicht der Stadt sondern den TWE zustand. Dann stellt sich auch die Frage, ob mit der Zahlung eines Teils des Kaufpreises in Form von Spenden steuerrechtliche Konsequenzen wie bei einer Gewinnausschüttung verbunden sind.

Wer entscheidet in den TWE?

Eberswalde (bbp). Eine GmbH wird durch einen Geschäftsführer geleitet. Geschäftsführer der stadteigenen Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) ist Horst Schaefer. Die Ziele und Aufgaben der Gesellschaft bestimmt die Gesellschafterversammlung. Laut § 97 der Kommunalverfassung vertritt der Hauptverwaltungsbeamte die Gemeinde in der Gesellschafterversammlung, also der Bürgermeister oder ein von ihm Beauftragter. Die Stadtverordnetenversammlung kann ihm Richtlinien und Weisungen erteilen.

Die alte, bis 2008 gültige Gemeindeordnung ließ es noch zu, daß für die Vertretung der Gemeinde in der Gesellschafterversammlung auch eine andere Regelung getroffen werden konnte. So fungierte in Eberswalde bisher der Hauptausschuß zugleich als Gesellschafterversammlung der kommunalen Unternehmen der Stadt. Dies ist nun nicht mehr der Fall. Damit hat sich die Anzahl der in Entscheidungen der TWE eingebundenen Abgeordneten deutlich reduziert.

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Mitglieder des Aufsichtsrates sind die Stadtverordneten Volker Passoke (Vorsitzender), Christoff Eydam, Martin Hoeck, Jürgen Kumm, Angelika Röder und Carsten Zinn. In § 97 Absatz 4 der Kommunalverfassung ist fest-

gelegt, daß dem Aufsichtsrat jederzeit Mitglieder angehören sollen, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachliche Eignung verfügen. Die Verantwortung dafür, dies zu prüfen, liegt zunächst einmal beim Entsender des jeweiligen Aufsichtsratsmitglieds. Darüber hinaus ist die StVV bei der Wahl der Aufsichtsratsmitglieder in der Pflicht, die Erfüllung dieser Bedingung für den Aufsichtsrat insgesamt zu prüfen. Es ist nicht bekannt, ob und wie diese Bedingung jeweils geprüft wurde.

Die Vertreter der Gemeinde, also der Bürgermeister und die Aufsichtsratsmitglieder, haben nach Absatz 7 des § 97 die Gemeindevertretung über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Solche Angelegenheiten scheint es bisher nicht gegeben zu haben.

Der Hauptausschuß bzw. die Gemeindevertretung kann von den Vertretern der Gemeinde jederzeit Auskunft verlangen. Solcherart Auskunftsersuchen sind bisher nicht bekannt.

Die aktuelle Entwicklung wirft erneut die Frage auf, wie Transparenz in kommunalen Unternehmen gewährleistet wird. Damit wird sich die StVV im zweiten Halbjahr wieder beschäftigen müssen.

Sport treiben soll teurer werden

Eberswalde (bbp). Nach der kürzlich beschlossenen Gebührenanhebung in dem von den stadteigenen Technischen Werken betriebenen Sportzentrum »baff«, sollen jetzt auch die Preise in den übrigen städtischen Sportstätten angehoben werden. Gebührenfrei bleiben lediglich der Trainings- und Pflichtwettkampfbetrieb im Kinder- und Jugendbereich für eingetragene, gemeinnützige Sportvereine mit Sitz in Eberswalde, der Schul- bzw. Kita-Sport von Schulen und Kitas in der Trägerschaft der Stadt. Für Kitas und Schulen in freier Träger-

schaft ist keine Gebührenfreiheit vorgesehen. Die ursprünglich auf 25 % der kalkulatorischen Gesamtkosten gesetzten Gebühren wurden nach Verhandlungen mit den Sportvereinen und dem Kreissportbund zunächst auf 10 bis 15 % gesenkt. Allerdings nur vorübergehend. Ab Beginn des Schuljahres 2011/12 soll die Kostenbeteiligung auf 25 % steigen. Personen, Vereine und Einrichtungen, die ihren Sitz bzw. Wohnsitz nicht in Eberswalde haben, müssen zur Nutzung städtischer Sportstätten noch deutlich tiefer in die Tasche greifen.

Kinderbibliothek mit weniger Personal

Eberswalde (bbp). Seitdem im Sommer 2008 die Mitarbeiter der Nordender Außenstelle der Stadtverwaltung ins Stadtzentrum umgezogen sind, muß die Eberswalder Stadtbibliothek mit reduzierten Räumlichkeiten auskommen. Die Bibliotheksleiterin Susanne Feher informierte im Mai den StVV-Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration, daß trotz gewisser Einschränkungen »eine gute Lösung für alle Beteiligten« gefunden worden sei.

Einschränkungen gab es im Bereich der Internet-Plätze, die von fünf auf drei reduziert wurden. Die teilweise Verlagerung der Öffnungszeiten auf das Wochenende kamen nach Auskunft der Bibliotheksleiterin bisher sehr gut an. Allerdings sollten die neuen Zeiten

noch mehr publik gemacht werden. Der Wegfall einer Personalstelle wirkte sich vor allem in der Kinderbibliothek negativ aus.

Auf die Frage von Götz Herrmann (FDP/BFB), ob diese Stelle mittelfristig wieder besetzt werde, antwortete der 1. Beigeordnete Lutz Landmann, daß darüber nachgedacht werde, »ob die Bibliothek mit dem jetzigen Personalbestand weiterarbeiten kann. Der Trend geht zur Einsparung.«

ACHTUNG: NEUE ADRESSE!

Barnimer Bürgerpost
Prenzlauer Straße 19
16227 Eberswalde

Führungskräfte künftig stärker gefordert

Personalentwicklungskonzept der Stadtverwaltung Eberswalde

Eberswalde (bbp). Erstmals nach der politischen Wende vor zwanzig Jahren soll für die Eberswalder Stadtverwaltung ein Personalentwicklungskonzept (PEK) beschlossen werden. »Es wendet sich«, heißt es in der Stadtverordnetenbeschlussvorlage, »an die Beschäftigten der Stadtverwaltung, insbesondere an deren Führungskräfte, aber auch an die Stadtverordneten und die BürgerInnen der Stadt Eberswalde«. Mit dem PEK dokumentiere die Stadtverwaltung, daß sie die Zeichen der Zeit erkannt habe. Sie präsentiere sich »als attraktive Arbeitgeberin für vorhandene und neue Beschäftigte«.

Der öffentliche Dienst und damit auch die Stadtverwaltung Eberswalde, so wird festgestellt, stehen unter großem Veränderungsdruck. Nötig sei eine aktive Anpassung der Verwaltung »an die wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen«. Damit verbinden sich »neue Anforderungen an das Leistungs- und Qualitätsbewußtsein, an die Schnelligkeit und Flexibilität der Beschäftigten, an ihre Bürger- und Kundenorientierung sowie an ein wirtschaftliches und unternehmerisches Denken und Handeln«.

Die Verwaltungsmodernisierung stellt vor insbesondere an die Führungskräfte neue Anforderungen. Neben Fachkompetenz setzt die Erfüllung von Führungsaufgaben vor allem ausgeprägte Managementkompetenzen voraus. »Zu diesen Anforderungen gehören u.a. Charisma, Methoden- und Sozialkompetenz. Sie bilden die Fähigkeit, kooperativ zu führen und damit partnerschaftlich und vertrauensvoll mit den MitarbeiterInnen zusammenzuarbeiten, klare Forderungen an sie zu richten und gemeinsam Ziele anzustreben.« Glaubwürdigkeit, ein von Respekt getragenes Verständnis gegenüber den Men-

schen und die Fähigkeit, Zuversicht in schwierigen Situationen zu vermitteln, gehören ebenso zu den Anforderungen, wie die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Untergebenen, was einen offenen, ehrlichen und fairen Dialog und Umgang miteinander einschließt.

Die Zahl der Stadtverwaltungsmitarbeiter ging (in Vollzeitstellen umgerechnet) von 1.155 im Jahr 1993 auf 462 laut Stellenplan 2009 zurück. Dieser Rückgang resultierte im wesentlichen aus der Ausgliederung der Kitas, Essensversorgung, der Reinigungsleistungen, der Reduzierung der Anzahl der Kitas und der Erzieherinnen, der Übergabe von Kitas an freie Träger und der Abgabe der weiterführenden Schulen einschließlich der dort beschäftigten technischen Kräfte an den Landkreis. Hinzu kam die Nichtwiederbesetzung freigewordener Stellen. Für einen weiteren sozialverträglichen Stellenabbau erscheint die Situation günstig, da bis 2013 ein Fünftel der Mitarbeiter aus dem aktiven Dienst ausscheidet, in die Freizeitphase der Altersteilzeit wechselt und bis 2016 ganz ausscheidet. Aufgrund der Altersstruktur werden nach Auslaufen der Altersteilzeitregelung weitere Stadtverwaltungsmitarbeiter in Größenordnungen ausscheiden. Ob Stellen wieder besetzt werden müssen, bedürfe angesichts der reinen Personalkosten von derzeit durchschnittlich 45.000 Euro pro Stelle und Jahr »der sehr sorgfältigen Prüfung durch die jeweiligen AmtsleiterInnen«. Denn jede Stellenbesetzung sei »eine weitreichende finanzielle Investition mit langfristigen Haushaltsauswirkungen«.

Allerdings seien die Grenzen eines weiteren Stellenabbaus eng gesetzt. »Bleibt der heutige Aufgabenbestand unverändert«, heißt es in dem Konzept, bestehen »nur noch geringfügige Stel-

leneinsparungs-Möglichkeiten«. Mit Realisierung der aktuellen kW-Vermerke lange der Personalbestand der Stadtverwaltung auf einem Niveau an, der kaum noch Personalreserven zulasse. Ausfälle durch längere Krankheit, längere Qualifizierungen etc. könnten dann nicht mehr kompensiert werden. Aus der Begleitung politischer Prozesse, wie dem Ausbau der Bürgerbeteiligung oder einer hohen Anzahl von Anfragen der BürgerInnen und Stadtverordneten könne gar ein zusätzlicher Stellenbedarf erwachsen. Das gleiche gelte bei steigender Kinderzahl in den städtischen Kitas.

Im Mittelpunkt des Personalentwicklungskonzeptes sollten dennoch nicht die quantitative Seite, sondern vielmehr die Qualität stehen. »Die Stadtverwaltung ist dazu übergegangen«, heißt es, »daß die Aufgabenerfüllung der Fachämter möglichst nur noch an den städtischen Zielen und dem dafür erforderlichen finanziellen Zuschußbedarf gemessen wird. Im übrigen sollen die Fachämter die Aufgaben möglichst flexibel und eigenständig lösen können.« Mit der Einführung der Budgetierung werde den Fachämtern ein Höchstmaß an haushalterischer Flexibilität zugestanden. Im weiteren geht das Personalentwicklungskonzept auf Maßnahmen und Instrumente der Personalentwicklung und -gewinnung sowie dem Einsatz und der Betreuung des Personals ein.

Zum Personalentwicklungskonzept der Stadtverwaltung gibt es in der StVV drei Lesungen. Nach der ersten Vorstellung am 25. Juni wird es am 24. September eine weitere Beratung in der StVV geben, bevor die Stadtverordneten am 22. Oktober darüber abstimmen. Im September beraten zudem der Finanz- und der Hauptausschuß über das Konzept.

1. Eberswalder Freiwilligentag: Wir sind dabei **Nachtragshaushalt**

Am 20. Juni von 11 - 16 Uhr ist in Eberswalde Freiwilligentag mit anschließender Dankeschönparty mit Livemusik, gutem Essen und anregenden Gesprächen von 18 bis 22 Uhr im neuen Restaurant »Gustav« am Markt.

Im EXIL (ehem. KZ-Baracken in Eberswalde-Eisenspalterei) entsteht aus dem vorhandenen Bauwagen durch Kinder ein Ort nur für Kinder und die Großen helfen, wo sie nötig sind. Alle die Lust haben mitzumachen sind eingeladen mitzuplanen. Also Kinder kommt vorbei, plant mit und arbeitet am 20. Juni an Eurem zukünftigen Kinderbauwagen. Der braucht z.B. einen Anstrich und im Inneren ist alles möglich. Spiel und Spaß kommen nicht zu kurz, versprochen.

Wer nicht gerade beim Bauen am Kinderbauwagen helfen wollt, solltet Ihr am 20. Juni unbedingt die antifaschistische Demonstration ab 14 Uhr am Bahnhof von Eberswalde verstärken gehen. Wir übernehmen sogar die Kin-



derbetreuung (endlich mal eine Demo mit Kinderbetreuung).

Party gibt es am 20. Juni abends in Eberswalde überall für alle. Aber im EXIL läuft ein brachialmelodisches Brett erster Kajüte zwischen Punkrock und Hardcore, zwischen Wortwitz und politischem Anspruch. Die Demo Aftershow - Feste feiern ohne Nazis mit KAPUT KRAUTS. (www.exil-eberswalde.de)

Eberswalde (bbp). Am 25. Juni steht u.a. die Beschlussfassung zum 1. Nachtragshaushalt auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Per Rückgriff auf die Rücklagen wird ein ausgeglichener Haushalt erreicht. Das Volumen des Verwaltungshaushalts erhöht sich um 400.000 Euro auf 55,8 Millionen Euro. Der Vermögenshaushalt steigt um 1,9 Millionen auf 18,7 Millionen Euro. Insbesondere die Maßnahmen des Konjunkturpaketes II sorgen für die Änderungen, darunter der Anhebung der Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre auf 8 Millionen Euro. Desweiteren wurden Erhöhungen bei den Personalausgaben, weitere bisher bekannte überplanmäßige Ausgaben und Änderungen im Stellenplan in den 1. Nachtragshaushalt eingearbeitet.

Beratung für Kriegsdienstverweigerer
mit Thomas Lehmann
im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

WHG Eberswalde:

Positive Finanzsituation

Eberswalde (bbp). Im Mai befaßte sich der Finanzausschuß der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung ausführlich mit der stadteigenen Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG). Die WHG verfügt laut Geschäftsführer Rainer Wiegandt über eine »positive Finanzsituation«. Der Wohnungsleerstand liegt derzeit bei 12,85 %, das bedeutet, daß von den 6.260 Wohnungen der WHG 752 leer stehen. Davon benötigen 500 einen hohen Investitionsaufwand. Die Mietaußenstände kummulierte seit 1992 auf rund eine Million Euro.

Beim Zinsaufwand steht die WHG nach Aussage ihres Geschäftsführers vergleichsweise günstig da, weil sie »die Bundesbankfähigkeit« habe. Bis 2009 sei eine Teilentlastung bei den Altschulden in Höhe von etwa 2,3 Millionen Euro erreicht worden. Bis 2016 soll sich Zins- und Kapitaldienst laut Planung absenken. Bei den Beteiligungsgesellschaften der WHG sieht Wiegandt gegenwärtig keine Risiken.

Aus dem Wohnungsleerstand, teilte Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff mit, könne kein Anspruch auf Erlaß der Grundsteuern abgeleitet werden. Der Leerstand wirke sich vor allem nachteilig aus, weil die Wohnsubstanz verfallende. Gatzlaff vertrat den Standpunkt, daß der Stadtbau Ost unbedingt weiter fortgesetzt werden müsse. Wichtig sei vor allem die Altschuldenhilfe für jede abgerissene Wohnung.

Ziel sind günstige Mieten

Die Entwicklung der Innenstadt gehört nach Auskunft des Verwaltungsdezernenten zu den Aufgaben der WHG. Einen monetären Gewinn aus der WHG zu ziehen, gehöre hingegen nicht zu den primären Zielen der Stadt. Die Funktion des Gesellschafters, so Gatzlaff auf eine Frage der Sachkundigen Einwohnerin Jessica Schweda, nimmt der Bürgermeister wahr. Kontrollfunktionen übe der Aufsichtsrat aus.

Neben der Aufgabe der Stadtentwicklung, gehöre es zu den Zielen der WHG, Wohnungen mit günstigen Mieten anzubieten, so daß die Mietpreisentwicklung in der Stadt beeinflusst werden kann. Inwieweit das Wohnungsabrissprogramm diesem Ziel entgegenläuft, wurde nicht thematisiert.

Steuereinnahmen planmäßig

Eberswalde (bbp). Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff informierte den Finanzausschuß, daß die geplanten Einnahmen aus der Gewerbesteuer unter Berücksichtigung der Nachveranlagungen für 2007 im laufenden Jahr voraussichtlich erreicht werden. Im nächsten Jahr werde die Situation hingegen schwieriger. Dann wird sich die aktuelle Krise, die auch an den Eberswalder Unternehmen nicht spurlos vorbeigeht, bei der Gewerbesteuer auswirken. Die Einnahmen aus der Einkommenssteuer, so Gatzlaff, laufen planmäßig.

Musische Bildung für alle

Start der Volksinitiative zur Novellierung des Musikschulgesetzes in Brandenburg

»Musische Bildung für alle« – und von Anfang an. Die Fachwelt ist sich längst einig, daß allen Kindern so früh wie möglich und ungeachtet ihrer sozialen Herkunft eine musisch-ästhetische Bildung ermöglicht werden soll.

Mit dem Start des Programms »Klasse Musik« soll flächendeckend im Land Brandenburg bis zum Jahr 2013 an mindestens 250 Grundschulen allen Kindern der Zugang zur musisch-ästhetischen Bildung ermöglicht werden. Das vertieft bereits bestehende Kooperationen der öffentlichen Musikschulen mit allgemein bildenden Schulen. Um Begabungen zu erkennen und zu fördern sind Angebote zur kostenfreien Talentförderung und das Ensemblespiel in Orchestern und Big Bands unerlässlich. Und künstlerische Exzellenz erfordert qualifizierte Pädagogen.

Die Zahlen sind jedoch alarmierend: ganze Instrumentengruppen fallen weg und landesweit gibt es nur noch zwei fest angestellte Musikschul-Pädagogen unter 30 Jahren. Die Rahmenbedingungen müssen erheblich verbessert werden, um auch zukünftig junges, hoch qualifiziertes Personal an die Musikschulen im Land zu binden und musikalische Begabungen entsprechend zu fördern. Die Rahmenbedingungen haben sich aber seit dem Jahr 2000, in dem das bundesweit erste Musikschulgesetz in Kraft getreten ist, kontinuierlich verschlechtert. Die Landesförderung für Musikschulen wurde von ursprünglich 15 % der Gesamtkosten auf 9,5 % gekürzt. Seit dem Jahr 2000 sind die Schülerzahlen an den Musikschulen trotz Geburtenrückgang um knapp 25 % gestiegen (von 25.000 auf 31.000 Schüler).

Daher startet der Landesverband der Musikschulen Brandenburg e.V. die Volksinitiative »Musische Bildung für alle« und fordert den



Peter »Cäsar« Gläser (1949-2008) lernte das Flötespiel in der Musikschule. Später gehörte er u.a. mit der Klaus-Renft-Combo zu den erfolgreichsten Rockmusikern im Osten Deutschlands. Hier bei einem Auftritt am 12. September 2003 in Oderberg.

Landtag auf, das Musikschulgesetz zu ändern und die Landesförderung auf den ursprünglichen Anteil von 15 % der Gesamtkosten um 2,6 Millionen Euro zu erhöhen.

Die Landtagsabgeordneten Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann (Die Linke), Frank Werner (CDU) und Ravindra Gujjula (SPD) sagten parteiübergreifend ihre Unterstützung zu der eingereichten Volksinitiative und den aufgestellten Forderungen zu.

Die Unterschriftenlisten können Sie unter www.musik-bildet.de downloaden. Am 2. Juli 2009 findet eine Protestaktion vor dem Landtag statt, bei der der Landtagspräsident über den Stand der Unterschriftenaktion informiert werden soll.

KATJA BOBSIN

Volksinitiative zur musischen Bildung für alle

Das Brandenburgische Musikschulgesetz legt fest, daß es Aufgabe der Musikschulen ist, »eine musikalische Bildung zu vermitteln, Begabungen zu erkennen und zu fördern, sowie auf ein mögliches Studium der Musik vorzubereiten« und allen Interessierten den Zugang zu musischer Bildung zu ermöglichen. Dazu hat die Musikschule »eine kontinuierliche und pädagogisch planmäßige Arbeit zu gewährleisten«. Obwohl die Schülerzahlen seit Jahren kontinuierlich steigen und derzeit 31.000 Schüler an den Musikschulen unterrichtet werden, ist die Landesförderung drastisch zurückgegangen. Die Breiten- und Begabtenförderung, Behindertenarbeit und Kooperationen mit den Allgemeinbildenden Schulen sind nicht mehr möglich. Eltern und Kommunen werden ständig zusätzlich finanziell belastet. **Die Unterzeichner fordern den Landtag daher auf, das Musikschulgesetz in folgenden Punkten neu zu fassen:**

TALENTFÖRDERUNG UND ENSEMBLESPIEL

Für Angebote zur speziellen Talentförderung, die Förderung des Ensemblespiels in Orchestern, Bigbands und Kammermusikgruppen sowie Projekte und Weiterbildungen auf Landesebene werden zweckgebunden Fördergelder zur Verfügung gestellt. Besonders begabte Schüler haben Anspruch auf zusätzliche und kostenfreie Talentförderung.

GRUNDSCHULEN MUSIZIEREN

Das Land und die Musikschulen führen ein auf Dauer angelegtes Programm für Brandenburgische Vor-, Grund- und Förderschulen durch. Dadurch wird allen Kindern einer Klasse – unabhängig von ihrem sozialen Status und ihrer Herkunft – eine kostenfreie musikalische Bildung ermöglicht.

FESTANSTELLUNGEN

Um eine pädagogisch planmäßige Arbeit zu sichern, brauchen die Musikschulen hoch qualifizierte Pädagogen, die durch Verbesserung ihrer Anstellungsverhältnisse und Vergütungen langfristig gebunden werden.

Zur Umsetzung der oben genannten Initiativen fordern die Unterzeichner eine deutliche Erhöhung der jährlichen Landesförderung um 2,6 Millionen Euro ab dem Jahre 2010.

Vom Protest zum Kampf

Bildungsstreik 2009: Kundgebung auf dem Eberswalder Marktplatz am 17. Juni

Letztes Jahr fand ein bundesweiter Protest gegen Bildungsabbau und Bildungsselektion statt, an dem 100.000 SchülerInnen teilnahmen. Die Regierung und Schulverwaltungen haben nicht reagiert und setzen ihre Zerschlagungspolitik fort, während Unternehmer 700 Milliarden für ihr marodes System kassieren dürfen. Schulen werden geschlossen, Klassen zusammengelegt, Lehrstoff verdichtet und die SchülerInnen nach sozialer Herkunft und unabhängig von ihren Fähigkeiten und Noten ausgesiebt. Die Wahrheit ist, sie werden uns nicht hören, unsere Forderungen werden nicht umgesetzt werden, wenn wir sie nicht selbst in die Hand nehmen.

Wir müssen sie uns erkämpfen!

Genau deshalb waren die Streiks ein erster Erfolg, denn sie haben uns gezeigt, daß nur wir selber etwas verändern können! Sie haben die Hoffnung auf Geschenke von Seiten der Politik und Herrschenden als Illusionen entlarvt! Aus einem einfachen Grund: Die Bildung ist nicht nach den Bedürfnissen der Jugend organisiert, sondern nach Profitinteressen der Reichen und ihres bürgerlichen Staates.

Die Bildungsstreikwoche vom 15. bis 19. Juni ist eine gute Gelegenheit auf diese Mißstände aufmerksam zu machen und für unsere Interessen zu kämpfen. Mit Infoveranstaltungen, SchülerInnenversammlungen, Protesten, vielfältigen Aktionen, Streiks und Besetzungen können wir unseren Forderungen Nachdruck verleihen und gleichzeitig lernen uns selbst zu organisieren!

Deshalb laßt uns Streikkomitees bilden und unseren Protest auf eine neue Ebene heben!

Stadtverwaltung Eberswalde:

Zoobeirat soll öffentlich tagen

Eberswalde (bbp). Der Landkreis Barnim soll sich künftig mit jährlich rund einer halben Million Euro an den Kosten des Eberswalder Tierparks beteiligen. Angesichts der überörtlichen Bedeutung des »schönsten Kleinzoos der BRD« und dem jährlichen Zuschußbedarf von rund 800 bis 900.000 Euro, der bisher fast ausschließlich von der Stadt Eberswalde getragen wurde, erscheint ein solches Ansinnen durchaus angemessen. Der Barnimer Kreistag hat einem Finanzzuschuß unter der Bedingung zugestimmt, daß ein von Kreistag und StVV paritätisch besetzter Beirat die Verwendung der Zuschüsse und deren weitere Notwendigkeit kontrolliert und begutachtet.

Auf seiner ersten Sitzung hatte der Zoobeirat mehrheitlich eine Geschäftsordnung beschlossen, nach welcher die Sitzungen grundsätzlich nicht öffentlich stattfinden sollen, obwohl der Tierpark Bestandteil des städtischen und die Kreiszuschüsse Bestandteil des kreislichen

Zur Kundgebung am 17. Juni, 12 Uhr, auf dem Eberswalder Marktplatz lauten unsere Forderungen:

- Freier und kostenloser Zugang zur Bildung für Alle! Weg mit dem dreigliederigen Schulsystem! Volle Lernmittelfreiheit! Keine Studiengebühren! Kein Numerus Clausus!
- Mindesteinkommen für alle Azubis, StudentInnen, SchülerInnen 1000 Euro netto ab 14 Jahren!
- Zukunft statt Arbeitslosigkeit! Unbefristete Übernahme aller Auszubildenden! Tariflich bezahlte Arbeitsplätze für alle Azubis, StudentInnen und SchülerInnen nach ihrem Bildungsgang!
- Gegen alle Einschränkungen für Streik- und Aktionskomitees an allen Schulen und Unis!
- Für eine StudentInnen- und SchülerInnen-gewerkschaft!
- Kontrolle der Bildung und Ausbildung durch SchülerInnen, StudentInnen und Azubis unter Einbeziehung der Beschäftigten und Gewerkschaften!
- Zahlen sollen die Reichen! Erbschaftssteuer wieder einführen! Scharfe Progressivsteuer auf Gewinne und Vermögen! Gegen jede Privatisierung des Bildungswesen! Nein zu allen Privatschulen und Sponsoring! Entschädigungslose Verstaatlichung und Zusammenlegung aller Banken unter ArbeiterInnenkontrolle!

REVOLUTION, unabhängige kommunistische Jugendorganisation (Gruppe Barnim)

www.bildungsstreik2009.de

Haushalts sind. Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg schreibt hingegen in § 36 grundsätzlich eine öffentliche Behandlung der kommunalen Belange vor. Die Öffentlichkeit soll nur ausgeschlossen werden, »wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnete Interessen Einzelner es erfordern«.

Die Stadtverwaltung Eberswalde trägt dem in ihrer Vorlage zur »Geschäftsordnung für den Zoobeirat«, die auf der StVV-Sitzung am 25. Juni beschlossen werden soll, Rechnung. »Nach Auffassung der Verwaltung«, heißt es in der Begründung, »bedürfen die Angelegenheiten, die im Zoobeirat behandelt werden, grundsätzlich keiner Geheimhaltung«. Die Genehmigung der Geschäftsordnung soll daher mit dem Auftrag an die Vertreter der Stadt im Beirat verbunden werden, »in der nächstmöglichen Beiratssitzung eine Änderung der Geschäftsordnung zu beantragen, welche die grundsätzliche Öffentlichkeit der Sitzungen des Zoobeirates zum Inhalt hat«.

Bildungsstreik 2009

Vergleichbare Studienabschlüsse in Europa, einfachere Möglichkeiten im Ausland zu studieren und ein schnelleres Studium, so daß man früher in die Arbeitswelt einsteigen kann. Das sind die Ziele des Bologna-Prozesses, einer 1998 beschlossenen europäischen Bildungsreform, aus der die Einführung von Bachelor und Master an den deutschen Hochschulen resultierte. Klingt eigentlich alles ganz gut. Doch in der Realität müssen wir Studenten uns mit überfüllten Vorlesungen und Seminaren rumplagen – vorausgesetzt natürlich, wir werden überhaupt zugelassen – und leiden unter Leistungs- und Zeitdruck, weil wir versuchen, in der Regelstudienzeit von drei Jahren das Studium abzuschließen. So ist es nicht mehr möglich den Stoff der Veranstaltungen kritisch zu reflektieren, da wir nur damit beschäftigt sind, ihn für die Klausur auswendig zu lernen.

Ein weiterer zu kritisierender Punkt ist die Finanzierung des Studiums. Nicht nur die horrenden Studiengebühren in einigen Bundesländern, sondern auch die Beschränkungen beim Bafög zwingen viele Studierende nebenbei zu arbeiten, um ihre laufenden Kosten zu bezahlen. Dies ist aber aufgrund des hohen Zeitaufwandes kaum mehr möglich. Dadurch werden jene oft dazu veranlaßt, Kredite aufzunehmen und sich schon früh zu verschulden.

Auf Ebene der Grund- und Oberschulen herrschen ähnliche Mißstände.

Bereits im November 2008 gingen über 100.000 SchülerInnen bundesweit auf die Straßen, um bessere Bildungsbedingungen zu fordern. Doch geändert hat sich nichts. Darum schlossen sich in der ganzen Bundesrepublik Studenten und Lernende zusammen, um jenen Protest fortzusetzen, der seinen Höhepunkt in der Woche vom 15. bis 19. Juni in einer bundesweiten Streikwoche findet. Neben dezentralen Demonstrationen am 17. Juni gibt es an vielen Hochschulen, die sich am Bildungsstreik beteiligen, ein alternatives Vorlesungsprogramm. Dieses bietet Vorlesungen und Diskussionsrunden zum Thema Bildung, aber auch Tanzkurse oder Kunstausstellungen.

Mit der Aktion Bildungsstreik wollen wir unseren Forderungen Nachdruck verleihen. Wir fordern den Abbau von Zulassungsbeschränkungen durch den Ausbau von Studienplätzen, die Abschaffung von Studiengebühren und die finanzielle Unabhängigkeit von Studierenden außerhalb von Krediten. Auch muß das Bachelor-System verändert werden, da es in jetziger Form nicht funktioniert. Wir verlangen insgesamt eine Demokratisierung des Bildungssystems und die Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen durch die Aufstockung des Lehrpersonals und die Förderung aller Studierenden statt einseitiger Elitebildung.

Unsere Forderungen werden von vielen Menschen unterstützt. Deswegen sind wir zuversichtlich, daß unser Bildungsstreik ein Erfolg wird.

Gleichstellung mit wenig Erfolg

Potsdam (abb). Traditionell hatte der Allgemeine Behindertenverband Land Brandenburg (ABB e.V.) zum Europäischen Aktionstag für die Gleichstellung und gegen die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai in Potsdam zu einem Diskussionsforum mit Landespolitikern eingeladen. ABB-Vorsitzende Andrea Peisker verdeutlichte die Herausforderungen, die nach der Ratifikation des »Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung auf nationaler Ebene« durch die Bundesregierung vor Politik und Gesellschaft stehen (vgl. das nebenstehende Interview mit Andrea Peisker).

Als Vertreter der Landespolitik nahmen Staatssekretär Rainer Bretschneider (MIR) und Abteilungsleiter Gerd Künzel (MASGF) sowie die sozialpolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen und der Landesbehindertenbeauftragte Rainer Kluge teil. Ulli Zelle vom RBB moderierte die Veranstaltung. Die abschließende Verleihung des »Betonkopfes« verdeutlichte am konkreten Beispiel die Un-

zulänglichkeiten der politischen Weichenstellung im Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetz (Bbg-BGG).

Das zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 beschlossene Gesetz hat für die tatsächliche Gleichstellung und Teilhabe behinderter Menschen am Leben der Gemeinschaft wenig erreicht. Die Grundgesetzforderung »Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden« fand im Gegensatz zum Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes auf Landesebene keine Entsprechung. Weder wird die Herstellung von Barrierefreiheit und Mobilität als Kernpunkt für Gleichstellung und Teilhabe betrachtet, noch werden die Kreise und Kommunen (wo die Menschen mit Behinderungen leben, wohnen, arbeiten) in den Gestaltungsraum des Gesetzes einbezogen und noch gibt es ein Verbandsklagerecht, mit dem Interessenverbände bei Verstößen gegen gesetzliche Vorgaben, z.B. zum barrierefreien Bauen in der BbgBO, Sanktionen einfordern könnten.

Barrierefreiheit nicht gewünscht

Potsdam (abb). Seit sechs Jahren weist der Allgemeine Behindertenverband Land Brandenburg (ABB e.V.) mit der Verleihung des Betonkopfes auf besonders krasse Fälle der Diskriminierung von behinderten Menschen in Brandenburg hin. In diesem Jahr waren die Telefonstationen der Deutschen Telekom AG, die breitflügelige Verlegung von Natursteinplaster in Potsdam-Babelsberg und die Landmarke Lausitzer Seenland am Sedlitzer See in der Nähe der Stadt Senftenberg nominiert.

Seitens der Telekom erhielt der ABB e.V. positive Signale und auch in Potsdam wird unter Beteiligung der Betroffenen an einer Lösung gearbeitet. Den Betonkopf 2009 erhielten somit die Verantwortlichen der Stadt Senftenberg für die Ausschreibung und Errichtung der Landmarke Lausitzer Seenland am Sedlitzer See im Landkreis Oberspreewald Lausitz.

Im Oktober 2008 hatte Brandenburgs Infrastrukturminister Reinhold Dellmann den neuen Aussichtsturm mit dem klangvollen Namen Landmarke Lausitzer Seenland eröffnet. Die neue Sehenswürdigkeit ist Ergebnis eines von der Stadt Senftenberg und der Internationalen Bauausstellung Fürst-Pückler-Land GmbH ausgelobten und international ausgeschriebenen Architektenwettbewerbs. Daran hatten sich 146 Architekten beteiligt. Nach dem Ausschreibungstext sollte die Landmarke: »...gleichermaßen als Wahrzeichen für den Wandel der Region und der Landschaft, als auch als Aussichtspunkt fungieren«.

Die Gesetze des Landes Brandenburg schreiben vor, daß neu errichtete bauliche Anlagen, die für die Öffentlichkeit bestimmt oder allgemein zugänglich sind, in den für den allgemeinen Besucherverkehr dienenden Teilen barrierefrei sein müssen. Die Landmarke Lausitzer Seenland ist das mit ihren 162 Stufen nicht. Der Landkreis Oberspreewald-Lausitz hatte die Baugenehmigung erteilt. An die Vorschrift-

ten zum barrierefreien Bauen hatte man nicht gedacht, weil es sich bei der Landmarke doch um eine Skulptur handele. Doch es war nicht nur Vergeßlichkeit. Noch bevor die Landmarke in den Köpfen der am Wettbewerb beteiligten Architekten Gestalt annahm, war entschieden, daß sie nicht barrierefrei sein würde. Nach der Auslobung des Wettbewerbs im Dezember 2004 gab es am 11.02.2005 ein Rückfragenkolloquium. Im Protokoll heißt es: »Eine behindertengerechte Begehrbarkeit (z.B. Aufzug) der Landmarke ist nicht erforderlich«. Der ABB e.V. ist sicher, daß die beteiligten Architekten eine ästhetisch anspruchsvolle, barrierefreie und bezahlbare Lösung gefunden hätten.

Gebaut wurde schließlich ein sehenswertes, 30 m hohes Gebäude aus Stahl, bei dessen Planung den ausdrücklichen Wünschen der Bauherren entsprechend kein Gedanken an eine barrierefreie Zugänglichkeit verschwendet wurde. Dabei wurde die stolze Summe von 1.250.000 Euro verbaut. Die Aussicht über die entstehende Seenlandschaft soll spektakulär sein. Mobilitätsbehinderte Menschen sind 1,25 Millionen Euro, 110 Tonnen Stahl und 162 Stufen von diesem Rundblick entfernt.

Erstmals seit seiner Vergabe ab 2004 konnte der »Betonkopf« auch tatsächlich überreicht werden. Die Stadt Senftenberg stellte sich ihrer Verantwortung und nutzte die Übergabe als öffentliches Podium. Respekt!

Inklusion

Gespräch mit Andrea Peisker

Der diesjährige Aktionstag am 5. Mai fand in der »Woche der Inklusion« statt. Was hat es damit auf sich?



Hintergrund ist die Ratifikation des »Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung auf nationaler Ebene«

durch die Bundesregierung. Glaubt man den Veröffentlichungen, dann verändert die erste Menschenrechtskonvention des 21. Jahrhunderts nicht nur das Leben von Millionen Menschen mit Behinderungen, sondern auch die Gesellschaft im Ganzen und die Lebenssituation von uns allen.

Die 50 Artikel des Übereinkommens markieren demnach einen Perspektivwechsel in der Behindertenpolitik?

Statt Fürsorge und Ausgleich (vermeintlicher) Defizite fordert das Übereinkommen, Behinderungen nicht als gesundheitliche Einschränkung, sondern als Folge gesellschaftlicher Unzulänglichkeiten zu charakterisieren. Die Definition von Behinderung in der UN-Konvention ist weit entfernt von jener in einschlägigen deutschen Gesetzen: »...Behinderung (entsteht) aus der Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren... die sie an der vollen und wirksamen Teilhabe auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen an der Gesellschaft hindern.« Die Konvention stellt somit praktisch alle Lebens- bzw. Politikbereiche vor neue Herausforderungen. Inklusion ist eine Weiterentwicklung der Integration, d.h., nicht verschiedene Lebenswirklichkeiten sollen zusammengeführt, sondern von vornherein Sonderformen im gesellschaftlichen Leben vermieden werden. Das alles kann unter dem Slogan »Abschied von der Sonderlösung!« umrissen werden.

Das klingt erstmal gut. Welche konkreten Auswirkungen hat das für Menschen mit Behinderungen?

Die UN-Konvention gibt dem Gesetzgeber, der Verwaltung und der Justiz Leitlinien für die Ausgestaltung und Anwendung der Gesetze vor. Auch für die Bundesrepublik muß also zunächst der legislative und sonstige Handlungsbedarf auf Bundes- und Länderebene ermittelt werden.

Wo sehen Sie besonderen Handlungsbedarf?

Die Behindertenpolitik des Landes konzentriert sich auf stationäre Strukturen. Angesichts der demografischen Entwicklung der Schwerpunkt jetzt auf die Betroffenen gelegt werden, die nicht in Einrichtungen untergebracht sind.

Biosphärenreservate in Brandenburg:
Aufbruch zu neuen Zielen

Vor einem Monat berichtet die MOZ über einen »zweistündigen Vortragsreigen« in der Blumberger Mühle zu dem am 9. Mai der Unterbezirk Uckermark der SPD geladen hatte. Der Bundestag hatte gerade das Energieleitungsausbaugesetz verabschiedet und der Erdverkabelung der »Uckermarkleitung« eine Absage erteilt. Diese für die Zukunft des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin verheerende Entscheidung war für die Ausrichter der Konferenz kein Anstoß zu einer selbstkritischen Analyse und zu einem Aufruf zur Verteidigung des Biosphärenreservats.

Wenn einem das Wasser bis zum Hals steht, ist guter Rat teuer.
Wer sich aber über seine Lage nicht klar werden will, wie sollte dem zu raten sein?

Immerhin aufbruch klingt besser als schiffbruch oder schlimmer noch abbruch

Wie hieß es früher nach vorwärts schauen zu neuen Zielen die alten sind verbraucht haben sich nicht als tragfähig nicht als realisierbar erwiesen jetzt keine Fehlerdiskussion die ist nur schädlich augenmaß ist gefragt der blick fürs wesentliche schluß jetzt mit den einreden

Da fallen sie mir wieder ein die paar zeilen eines alten gedichts des jungen Enzensberger landessprache, was habe ich hier verloren in diesem land...

wo es rückwärts aufwärts geht von fall zu fall das nehmen die käufer in kauf hier, wo eine hand die andere kauft hand auf herz, hier sind wir zuhaus...

Nur zu ihr wackeren genossen im munteren vortragsreigen, im schlepptau der CDU dem morgenrot entgegen mit Vattenfalls segen und wahlkampfspenden er wird sich schon rechnen der kleine schmutzige verrat an den alten zielen in dieser unsrer neuen zeit

Ein herrlicher sommer kündigt sich an:

Ein herrlicher sommer alles steht unter strom Theo Steils energetische müllanlage unterstützt mit ihrer kokekei die ehrgeizigen ziele der klimapolitik des landes ein konzert von 8 kreissägen begleitet den kanalausbau die schweinemast- und milchviehanlagen im reservat erleben einen ungeahnten aufschwung den man am rasanten anstieg des LKW-Verkehrs bemerken wird wenn die tiere der nächsten verarbeitungsstufe zugeführt werden eine tankwagenkolonne die nächste Großmolkerei ansteuert begleitet von den tieffliegern die für ihren einsatz in afghanistan oder sonstwo zur verteidigung unserer freiheit üben der ausbau der B198 ist unverzichtbar drei spuren müssen sein wie auf dem adidas-logo drei streifen die erleichtern den schweine-milch-holztransport und das alles mit dem segen der freunde und genossen aus der Sozialdemokratie

Ja, ja man muß kompromisse eingehen alles kann man nicht haben und mit dem köpf durch wand schon gleich gar nicht. Auf, zu neuen Zielen! Dem Morgenrot entgegen!

HARTMUT LINDNER

Karl Marx im 21. Jahrhundert (10)

»Totengräber« und Erpreßte

von Dr. Rainer Thiel

In Folge 9 hatten wir uns vor Augen geführt, wie die Klasse der Produktionsmittel-Eigentümer den Arbeitenden die Pistole auf die Brust setzt und die Arbeitenden erpreßt: Wenn ihr nicht bereit seid, länger zu arbeiten, ob mit oder ohne Bezahlung, dann droht euch Entlassung.

Marx hatte das 1867 so niedergeschrieben: »Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktatur des Kapitals zwingt.« (MEW 23 S. 665 f.) Schauen wir noch einmal ins Kommunistische Manifest: »Die Anhäufung des Reichtums in den Händen von Privaten« (MEW 4 Seite 473) und die Anhäufung von Armut der Niedriglöhner und der Erwerbslosen auf der anderen Seite, sowie »der Fortschritt der Industrie« (MEW 4 S. 474), der die »revolutionäre Vereinigung« (ebd.) der Arbeitenden begünstigt, bedroht die Bourgeoisie, die sich »die Produkte aneignet. Sie (die Bourgeoisie) produziert vor allem ihre eigenen Totengräber.« (MEW 4 S. 474)

Doch die Diktatur des Kapitals, welche die Arbeitenden erpreßt durch die Drohung, ins Heer der Arbeitslosen geworfen zu werden, droht ihrerseits die Klasse der Lohnabhängigen – der potentiellen »Totengräber« der Bourgeoisie (MEW 4 S. 474) – in die Knie zu zwingen: Die Jobbenden durch die Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, die Langzeitarbeitslosen durch Drohungen von Behörden, ihrer dürftigen Existenzmittel gänzlich beraubt zu werden. Das ist eine Tücke, die den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen selber entspringt.

An die Stelle aller physischen und geistigen Sinne tritt der Sinn des Habens

Dieser Widerspruch – die potentiellen Totengräber sind zugleich die Erpreßten – muß und kann aufgelöst werden. Die Tücke kann und muß niedrigerungen werden, indem die Lohnabhängigen – die Jobbenden und die Erwerbslosen – **gemeinsam radikale Arbeitszeitverkürzung** erkämpfen, so daß jedem ein würdiger Arbeitsplatz zuteil wird – »gute Arbeit für alle!« – und alle von den Pistolen des Erpresser-Kapitals befreit werden.

Zumindest muß man den Erpressern die Pistolen aus der Hand schlagen. Das ist möglich, auch ohne alles Kapital in Gemeineigentum zu überführen, so daß es aufhört, Kapital zu sein. Doch das Kapital muß Federn lassen. Das Verhältnis der Kräfte »Kapital gegen Arbeit« wird verändert. Die Lohnabhängigen gewinnen Spielräume. Der Staat kann mindestens zum Sozialstaat werden, wie es dem Grundgesetz zufolge sein soll. Die demokratischen Optio-

nen können Gestalt annehmen. Die »Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.« (MEW 1 Seite 385) Dazu bedarf es keiner Verfassungs-Änderung, denn das Grundgesetz setzt fest: »Die Würde des Menschen ist unantastbar« (Artikel 1). Und es ermutigt: »Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.« (Artikel 20 (4)) Der Weg wird frei, eine Zukunft zu erkämpfen, von der es im Kommunistischen Manifest heißt: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassen-gegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« (MEW 4 S. 482) Die Kinder der bisher von Hartz-IV Betroffenen werden aus der Armut, aus Stigmatisierung durch Armut und aus Perspektivlosigkeit gerettet.

Doch es gibt noch eine zweite Tücke, die den herrschenden Eigentumsverhältnissen selber entspringt. Diese Tücke heißt »Entfremdung«, und diese hatten wir in den Folgen 2 bis 5 erläutert. Die wichtigsten ihrer Erscheinungsformen sind:

»Das Privateigentum hat uns so dumm und einseitig gemacht, daß ein Gegenstand erst der unsrige ist, wenn wir ihn haben.« Genügt es nicht, wenn wir teure Gegenstände ausleihen oder im Museum erleben können? Muß man dreißig Paar Schuhe im Schrank haben? Warum akzeptieren wir, daß Ufer der Seen nicht allen Bürgern zugänglich sind? **Das Privateigentum hat uns dumm gemacht.**

Marx fährt fort: »An die Stelle aller physischen und geistigen Sinne ist daher die einfache Entfremdung aller dieser Sinne, der Sinn des Habens getreten.« (MEW 40 Seite 540)

Im Volksmund heißt es: »Hast was dann biste was.« Auch der Arbeiter läuft Gefahr, erregt zu werden »von der Bereicherungssucht des Kapitalisten, die er (der Arbeiter) aber nur durch Aufopferung seines Geistes und Körpers (durch übermäßige Arbeitszeit) befriedigen kann.« (MEW 40 Seite 447) »Je mehr der Arbeiter sich ausarbeitet, umso mächtiger wird die fremde, gegenständliche Welt, die er sich gegenüber schafft, um so ärmer wird er selbst, seine innre Welt, um so weniger gehört sie ihm zu eigen. ... Der Arbeiter legt sein Leben in den Gegenstand; aber nun gehört es nicht mehr ihm, sondern dem Gegenstand.« (MEW 40 Seite 512) Damit hatten wir uns speziell in Folge Nummer 4 befaßt. Die »Aufopferung seines Geistes und Körpers« geschieht besonders durch übermäßig lange Arbeitszeit des Erwerbstätigen im Dienste des Kapitals. (Fortsetzung folgt)

Keine Seenprivatisierung in Ostdeutschland

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Antrag beschlossen, mit dem sie die Bundesregierung auffordert, Seen aus dem ehemaligen Vermögen der DDR im Besitz der öffentlichen Hand zu belassen, wenn der Gemeinwohlnutzen der Gewässer unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für Ökologie, Landschaftswasserhaushalt, Naherholung und Naturtourismus überwiegt. Bis zu einer Neuregelung soll die weitere Privatisierung durch ein Verkaufsmoratorium ausgesetzt werden. Am 28. Mai wurde der Antrag zur ersten Lesung im Deutschen Bundestag debattiert.



Stellen Sie sich vor, Sie sind glücklicher Besitzer eines Grundstücks am Wasser und verfügen sogar über einen Bootssteg. Plötzlich finden Sie im Briefkasten ein Schreiben, das Sie unmißverständlich auffordert, entweder 7.500 Euro zu zahlen oder den Bootssteg abzureißen. Oder Sie sind Bürgermeister einer Gemeinde, die ein Strandbad hat. Plötzlich soll Ihre Kommune für die Nutzung des Sees 50.000 Euro zahlen. Und Sie tun das, wenn auch zähneknirschend, weil der Eigner des Sees rechtlich die besseren Karten hat. Oder Sie gehören seit 40 Jahren einem Segelverein an. Diesem wird von heute auf morgen der Segelsport auf dem Gewässer fast unmöglich gemacht, weil der private Besitzer des Sees daran keinen Gefallen findet oder seinen Besitz vergolden will.

All dies hat sich in den vergangenen Jahren so am Wandlitzsee nördlich von Berlin zugetragen und es trägt noch heute erheblich zu Unmut bei. Für 400.000 Euro hatte die bundeseigene Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) im Jahr 2003 die 200 Hektar Wasserfläche des Wandlitzsees an einen Düsseldorfer Immobilienprofit verkauft. Seitdem versucht der umtriebige Herr, seinen Besitz zu Geld zu machen und beruft sich dabei aufs antiquierte preußische Wasserrecht. Fakt ist: Die Privatisierung des Sees lag nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Sie lag nicht im Interesse der Menschen, die am See wohnen, Erholung suchen oder Sport treiben. Die Hilferufe sind inzwischen unüberhörbar...

Es kann nicht sein, daß private Eigner mit öffentlichen Gewässern nach Gutsherrenart verfahren. DIE LINKE stellt dabei weniger die BVVG an den Pranger, sondern die seit Treuhandszeiten geltende Maxime des Bundesfinanzministers, die Flächen im Osten meistbietend zu verkaufen. Die politische Verantwortung dafür trägt letztlich die Bundesregierung.

Das stets seitens der BVVG betonte Vorkaufsrecht der Kommunen ist nicht das Papier wert, auf dem es steht. Allein 2008 hat die BVVG einen Überschuß von 366 Millionen Euro an die Bundeskasse abgeführt. Bis 2020, soll der »goldene Boden« im Osten dem Bund weitere drei Milliarden Euro in die Kasse spülen. Dies geht vor allem zu Lasten ostdeutscher Agrarunternehmen und Kommunen.

Im Jahr 2002 legte die BVVG die erste – und meines Wissens – bisher einzige Bilanz veräußerter Gewässer im Osten vor. Bereits damals waren von der BVVG rund 10.000 Hektar Seen, Teiche, Flüsse und Bäche veräußert. Schon damals waren die gravierenden Folgen des Verkaufs an den Meistbietenden bekannt.

Die rot-grüne Bundesregierung sah dem tatenlos zu. Jetzt kommt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Erkenntnis – ich zitiere aus der Antragsbegründung: »Der offene Zugang zu den Seen und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für die weitere touristische Erschließung der heimischen Gewässer werden jedoch durch die Privatisierungsbemühungen des Bundes und der Länder gefährdet.« Man könnte sagen: Besser späte Einsicht als gar keine. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen springt aber auch zu kurz: Sie fordert, Seen nur dann im Besitz der öffentlichen Hand zu belassen, wenn der Gemeinwohlnutzen überwiegt. Sie verlangt ein Verkaufsmoratorium – aber nur bis zu einer Neuregelung der Privatisierung. Das ist inkonsequent. Soll künftig weiter verkauft werden – nur vielleicht zu etwas besseren Bedingungen? Und wer bestimmt, ob der Gemeinwohlnutzen überwiegt? Das ist doch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Verwaltungsgerichte.

DIE LINKE ist generell gegen die Privatisierung von Wald, Agrarflächen und Gewässern. Und das nicht, weil das früher einmal Volkseigentum war. Der Drang, öffentliches Eigentum um jeden Preis zu privatisieren, hat die öffentlichen Hände in die Sackgasse geführt. Erst verkaufen sie Tafelsilber, um dann feststellen zu müssen, daß der öffentlichen Daseinsvorsorge buchstäblich der Boden unter den Füßen entwindet. Nicht allein der Verkauf von Gewässern ist dauerhaft zu stoppen. Bei jedem Flächenverkauf in Ostdeutschland dürfen die Interessen der Kommunen und der Agrarunternehmen nicht mehr länger außen vor bleiben. Sie brauchen nicht nur ein Vorkaufs-, sondern vor allem ein Vetorecht.

Die BVVG muß endlich den Interessen der Menschen im Osten und nicht denen des Finanzministers dienen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN,
Bundestagsabgeordnete DIE LINKE

Seenprivatisierung aussetzen

Seen sind von großer ökologischer und sozialer Bedeutung. Viele Bürgerinnen und Bürger setzen sich für die Pflege, die Unterhaltung und die weitere touristische Erschließung der Gewässer ein, um ihre Gemeinden attraktiver zu machen und damit einen Beitrag für die Entwicklung der gesamten Region zu erbringen. Der offene Zugang zu den Seen und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für die weitere touristische Erschließung der heimischen Gewässer werden jedoch durch die Privatisierungsbemühungen des Bundes und der Länder gefährdet.

Durch den Verkauf der Seen an Private besteht die Gefahr, daß die Einwohner beispielsweise Badestellen und Stege nicht mehr nutzen können, Fauna und Flora wirtschaftlichen Interessen weichen müssen und sich die Wasserqualität durch fehlende oder nicht sachgerechte Pflege verschlechtert.

Viele Gemeinden sind aufgrund ihrer Haushaltssituation nicht in der Lage, die auf ihrem Gebiet befindlichen Seen zu kaufen.

CORNELIA BEHM, Bundestagsabgeordnete von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus Brandenburg

Bündnis 90/Die Grünen: Barnimer Umweltpreis

Anläßlich des Weltumwelttages am 5. Juni schreiben Bündnis 90/Die Grünen erneut den Barnimer Umweltpreis aus. Der Preis ist auch dieses Jahr mit 750 Euro dotiert. Bündnisgrüne Vertreter in Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen spenden dafür ihre Aufwandsentschädigung.

Prämiert werden soll besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Umwelt und Klima sowie in der Umweltbildung. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem gesamten Landkreis Barnim. Projekte mit Kindern und Jugendlichen sind besonders willkommen. Qualifizierte Vorschläge für die Preisvergabe sind ebenfalls möglich. Die Umweltprojekte oder -initiativen sollten im Landkreis Barnim angesiedelt sein.

Möglichst anschauliche Darstellungen der Umweltaktivitäten sind bis zum 10. Juli im Büro von Bündnis 90/Die Grünen, Brautstraße 34, 16225 Eberswalde, einzureichen (www.gruene-barnim.de).

Im letzten Jahr wurde die Projektgruppe »Natur- und Schulgarten« der Grundschule Oderberg mit dem 1. Preis ausgezeichnet.

KARL-DIETRICH LAFFIN,
Kreissprecher Bündnis 90/Die Grünen Barnim

Freizeit-Fußball-Turnier

Bernau-Ladeburg (bm). Zum 4. Traditionellen Turnier für Freizeit-Fußballer lädt der Verein Blau-Weiß Ladeburg für den 27. Juni auf den Sportplatz am Wasserturm ein. Schirmherrin ist erneut die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann.

In diesem Jahr werden 16 Mannschaften aus Brandenburg, Berlin sowie Polen um den Siegerpokal des Bernauer Bürgermeisters spielen. Für das Team um den Blau-Weiß-Vorsitzenden Ralf König ist das Turnier zugleich Anlaß, das 60jährige Bestehen von Blau-Weiß zu begehen. »Mit dem Freizeitturnier begannen wir eine neue Seite im Vereinsbuch«, erklärt König. »Wir haben genügend Ideen und Kraft, neue Ziele anzugehen. Dazu gehört jetzt der Neubau des Vereinsheims, einer Begegnungsstätte für Jedermann. Dafür kämpfen wir und sind für jede Unterstützung dankbar.«

1949 hatte sich, damals im Automobilwerk Torpedo Bernau, die erste Fußballmannschaft gegründet, auf die die Geschichte von Blau-Weiß zurückgeht. Beim Freizeitturnier wird eine kleine Ausstellung an die wechselvolle Entwicklung des Vereins erinnert. Geplant ist auch, Spieler der ersten Stunde und andere, die das Gesicht von Blau-Weiß geprägt haben, an dem Tag einzuladen.

Dagmar Enkelmann, die wiederum den Fair-Play-Pokal stiftet, freut sich, daß sich auch 2009 genügend Unterstützer und Sponsoren finden, um das Turnier veranstalten zu können. »Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten dürfen Sport und Kultur nicht hintenan gestellt werden«, betont sie. Als erklärte Förderin des Frauenfußballs ist sie besonders auf das für den Nachmittag geplante Freundschaftsspiel der Frauen-Mannschaft von Blau-Weiß gespannt. Während des Turniers ist für Unterhaltung für Jung und Alt sowie für Nicht-Fußballer gesorgt. So mit Hüpfburg und Torwand, Kaffee und Kuchen. Der Tag klingt mit einem Konzert der bekannten Band »OSSIS Band« aus.

Straßenmalaktion

Eberswalder Unternehmer und Künstler sind immer für eine Überraschung gut. Das zeigten Thomas Steinberg, Inhaber des Matisse im Quartier No.7 und die Künstler des Kunstvereins »Die Mühle e.V.«. In den Straßen im Altstadtkarree laufen zur Zeit Bauarbeiten. Doch kurz vor Erneuerung der Straße bekam der alte Asphalt vor dem Matisse am 30. Mai noch ein buntes Gesicht. Die Künstler malten an diesem Tag ausnahmsweise nicht auf Leinwände, sondern brachten ihre Ideen direkt & übergroß auf die Straße. Den Einfall dazu hatte Thomas Steinberg, der davon schnell die jungen Mühlenmitglieder Robert Schlaak, Florian Beyer, Claudia Fiebig, Nicole Will und Sven Kaminsky begeistern konnte. Herr Steinberg organisierte die Farben, mit denen sich die Maler der Herausforderung des ungewöhnlichen Malgrundes stellten.

VERONIKA BRODMANN

BILD - Betrachtungen

von Dr. Steffen Peltsch

Heinrich Böll hat sie verachtet, Wallraff hat sie mehrfach der Lüge und handfesten Manipulierung überführt, Grass ist sie ein Zeugnis der Unkultur. In der DDR kannten sie wenige persönlich, unter ihnen der Genosse E.H., der sie sich täglich von seinen Laufbütteln über die Grenze holen ließ, die weil seine Wadenbeißer an den Grenzübergangsstellen sie den grenzmündigen Omas aus dem Koffer weg beschlagnahmten.

Die Rede ist vom Zentralorgan der bildungsfernen Schichten und all jener, die ein paar Schwierigkeiten haben, mit dem eigenen Kopf einigermaßen souverän umzugehen. Mögen sie bildungsfern sein, diese Leute – immerhin um die vier Millionen täglich – BILD ist ihnen nah, was auch auf einer gewissen Wechselwirkung beruht. Manfred Krug nannte das Blatt »BLÖD-Zeitung«; die 68er erfanden das Vaterunser der BILD-Redakteure: »Unser täglich Blut gib uns heute...«

Schon immer hatten die sogenannten Christdemokraten ein enges, ein symbiotisch-intimes Verhältnis zur Skandalpostille. Selbst idiotische Direktmischungen in die bundesdeutsche Außenpolitik durch den im deutschen Westen nach wie vor glorifizierten, wahrscheinlich grenzdebilen Stammvater der Gazette wurden toleriert. So, als Axel Cäsar (!) Springer gen Moskau reiste und den Sowjets anbot, mit ein paar Milliarden aus seiner Portokasse die Zone freizukaufen. Die Russen ließen ihn ungeschoren davonkommen, und auch zu Hause wurde er nirgendwohin eingewiesen. Heute heißen einige Plätze und Straßen in den neuen Ländern nach A.C.S., also nach einem mutmaßlichen Volltrottel. Regen wir uns nicht auf, in der DDR hatten wir einen garantierten als Minister für Staatssicherheit.

Weitere Belege für die Seilschaft Schwarz-BILD wären die Berufung Peter Bönischs zum Regierungssprecher unter Kanzler Kohl; der alerte Spätschöne übte vorher über viele, viele Jahre das anrühige Gewerbe des BILD-Chefs aus. Mit dieser Kadermaßnahme wurde das Sex-and-crime-Blatt offiziell hoffähig gemacht, was aber in der deutschen Kulturation kaum einen aufregte. Wie sprach doch der Genosse Toyota: »Nichts ist unmöglich...«. Daß Spitzenfunktionäre der Volkspartei CDU sich als Kolumnisten bei BILD anbieten, um auf 15 Seilen kernig Klartext reden zu dürfen, gehört zum Geschäft. Ein bekannter Kabarettist indes, den die Medien gern das Urgestein unserer Kleinkunst nennen, sagte einmal, er würde sich schon schämen, wenn er nur gefragt würde, ob er was für diese Zeitung schreiben wolle. Ganz anders reagierten zwei deutschlandweit bekannte Komiker, unfreiwillige allerdings, nämlich der infantile Pastor Hintze, nicht zu wechseln mit dem Berufsheuchler Fliege, und sein Nachfolger im Amt, der Hausdepp der Kanzlerin, die menschengewordene Einschlafpille Pofalla.

Beide Generalsekretäre – titelgleich mit uns Honni – der regierenden Partei, gewesen bzw.

noch, lassen immer wieder mal neben anderen Großkopfetzen von rechts was an Meinungssekret bei BILD ab, ohne sich zu schämen. In passender Umgebung. Drei Zeilen später die Balkenüberschrift: Sexorgie im Rennstall (weitere Fotos dieser widerlichen Ausschweifung im Internet unter...), gleich daneben was über den Vampir von Essen.

Allerjüngstes Beispiel ist die BILD-gemäße Inszenierung rund um Althausens, des einzigen deutschen Ministerpräsidenten, der an den biologischen Urknall glaubt, Rückkehr ins Amt. Wo sein Trip zu den Darwin-Leugnern beweist, daß der Landesfürst schon vor seinem Skiunfall was am Kopfe gehabt haben dürfte. Alles, was nach der fahrlässigen Tötung passierte, oblag der Erst- und Alleinverwertung durch das Revolverblatt. Bis hin zur plötzlichen Auferstehung des Mannes nach dem Formalprozeß, zu dem er wegen Hinfälligkeit nicht anreisen konnte.

BILD ist nicht nur Zeitung, BILD ist auch politische Macht. Wenn mit dem lockeren Slogan »BILD dir deine Meinung!« geworben wird, heißt das natürlich »Bild dir unsere Meinung!« und ist nichts anderes als die verbrämte Aufforderung »Laß bei uns denken!«

Welche Meinung aus Denkipulsen entstehen soll, die aus Meldungen über die Schambehaarung der Leitkulturfigur Bohlen, über die Scheißhausmöbel der Spinatwachtel Verona P., über das letzte Foul des Fußballers Sowieso oder über die Maden in der Leiche des Hundes des Bundestagsabgeordneten X., der von einem – wahrscheinlich LINKShändigen – Hundehasser liquidiert worden war, liegt auf der Hand. Die Meinung, daß man diesen Mist wissen müsse, um in und auf der Höhe der Zeit zu sein.

Kurzum und »schlußendlich«: BILD paßt in die Landschaft wie die Faust auf's Auge, die Zeitung pfeift die Melodien der Mächtigen und brüllt, wo Argumente zu prüfen werden. Manchmal gibt sich die Postille tolerant, was der Imagepflege dient. Wer aber die ausgelegten Köder frißt und meint, den Vulgärpopulismus des Blattes (mit erwähnten vier Millionen »Lesern«) nutzen zu können, für eine ehrsame politische Aufklärung, dient dem Organ letztlich nur als Garnierung und Poliermittel.

So ungern man sein Bier aus einem gebrauchten Nachtgeschirr trinken möchte, so ungern möchte man noch einmal erleben, daß Oskar Lafontaine und nun auch Gregor Gysi ihre Beine in der Tür bei BILD haben. Sie sollen sie lieber dran heben.

Östliche Altstadt zum Umweltmülleimer?

»Eichwerderring« in der Einwohnerfragestunde des ABPU am 9. Juni

Mit dem unsinnigen Projekt »Eichwerderring« praktiziert die Stadt Eberswalde keine umweltbewußte städtische Verkehrsplanung mit dem Schwerpunkt der Minderung des Verkehrslärms. Sie wirkt der Verkehrsentstehung in Wohnbereichen und der Erholung nicht durch geeignete Maßnahmen entgegen. Im Gegenteil, sie erhöht bewußt die Beeinträchtigung der Wohnfunktion ihrer Bürger in Stadtmitte. Sie gestaltet mit dem »Eichwerderring« die östliche Altstadt zum Umweltmülleimer und erhöht den Verkehr. Zu erleben war das am 6. Juni mit der Umleitung während des Stadtfestes.

Die betroffenen Grundstückseigentümer sollen dann für den Bundesstraßenverkehr vor ihrer Tür und damit einhergehenden Umweltbelastungen und Werteverlusten ihrer Grundstücke noch Straßenausbaubeiträge zahlen. Für eine Straße, die sie gar nicht wollen, denn die jetzige erfüllt ihre Anliegerbedürfnisse.

Verkehrsminister Dellmann hat der Bürgerinitiative mitgeteilt, daß die Breite Straße den Aufgaben einer Bundesstraße gerecht wird.

Meine Fragen:

– Sind die mit Bebauungsbeschluß »Eichwerderring« 2005 zugesagten Messungen in den betroffenen Straßen des »Eichwerderrings« zur erhöhten Umweltbelastung konkret durchge-

führt worden oder nur pauschal irgendwie errechnet?

– Wann, wo und was wurde gemessen?

– Wie wird die Erschütterungsisolierung gesichert?

– Mit welchem Ergebnis ist das Wohnumfeld durch den Bundesstraßenverkehr in der bisherigen Anliegerstraße stärker beeinträchtigt?

– Sind konkrete Abhilfemaßnahmen geplant bzw. sind diese überhaupt möglich?

Wenn ja, erfolgen sie zeitgleich mit dem Straßenbau?

– Sind Enteignungsschädigungen für Wertverluste von Grundstücken an die Grundstückseigentümer, die der Straßenbaulastträger tragen muß, geplant?

Sie als Stadtverordnete, dazu im entsprechenden Fachausschuß, tragen für solche Beschlüsse, die weder auf umweltbewußte städtische Verkehrsplanung mit dem Schwerpunkt der Minderung des Verkehrslärms, noch auf den effektiven Einsatz von Steuermitteln beruhen, die volle Verantwortung gegenüber den Bürgern dieser Stadt. Deshalb hinterfragen Sie bewußt die Effektivität und Qualität des Projektes »Eichwerderring« hinsichtlich der erhöhten Umweltbelastungen durch Umleitung von Bundesstraßenverkehr in Wohngebiete.

ROSWITA LUDWIG

Sonnenwende und Sonnenfinsternis

Zur Bedeutsamkeit des Theaterspiels in der Schulzeit

Im Jahre 1972 habe ich, bei Ilona Gerz, an der Alfred Wegener Schule in zwei Theaterstücken mitgespielt (Sommernachtstraum von Shakespeare und Jedermann von Hoffmannsthal). Durch meinen weiteren Weg bin ich in das Dorf Coethen in Märkisch Oderland gekommen, wo 1895 von dem dortigen Dorflehrer, Paul Matzdorf das Theaterspiel in der preußischen Schule und die Volksbühne eingeführt wurde. Hierzu sind im geschichtspädagogischen Archiv viele interessante Hefte gelagert. Durch meine Erfahrungen, wie dienlich das Darstellende Spiel und Artistik für die Entwicklung der Identität ist und welche Erinnerungen der Menschheit in einfachen Geschichten weitergegeben werden (ohne, daß wir uns dessen gleich bewußt zu werden brauchen) suche ich nach Möglichkeiten diese Erfahrungen an die Schüler weiterzugeben. So sind wir doch am heftigsten dadurch zwanghaft an Wiederholungen in unserer Geschichte gebunden, wenn wir nicht merken, was deren Inhalt eigentlich bedeutet und wir ihn nur weitertragen, wohlmöglich in den Glauben, daß es nichts zu verstehen gibt.

Da gibt es so einige geschichtliche Anlässe, die sich in diesem Jahr anbieten, im Unterricht oder in Arbeitsgemeinschaften erörtert zu wer-

den. Eventuell, um hiermit auch Anregungen für eine 100Jahrfeier der Alfred-Wegener Schule 2010 zu geben. Gerne komme ich zu einem Gespräch mit Ihnen und Ihren Schülern.

In den folgenden Jahrzehnten meines Lebens konnte ich mehr erfahren, wie bedeutsam das Theaterspiel in der Schulzeit für mich war. Meine Erkenntnisse entschlüsselten immer mehr den unbekanntem geschichtlichen Inhalt der Theaterstücke, der sich aus unterschiedlichen Quellen zu erkennen gab. So fanden für mich die Handwerker Rollen der Jungfrau und des Löwen und der Wand den mündlich überlieferten Bericht vom Untergang der Kulturen in den einst trockenen Gebieten am Mittelmeer und Schwarzen Meer, die sich durch die Verschiebung der Kontinente mit Meerwasser füllten und die dort lebenden Menschen in die weitere Weltgeschichte vertrieb.

Nun haben wir zur Sommersonnenwende auch einen Neumond.

Der Neumond am 22. Juni 2009 ist südlich von Japan eine totale Sonnenfinsternis. Dieses Ereignis wird wahrscheinlich auch Flutwellen und Erdbeben nach sich ziehen, was für die Kontinentalverschiebung (nach Alfred Wegener) eine nachvollziehbare Erfahrung ist.

UWE BERGER

Heldengedenken

Die Initiative des Eberswalder Heimatvereins, den »Heldenhain« in einen angemessenen Zustand zu versetzen (»Fast in Vergessenheit geraten«, in MOZ v. 5.6.2009), ist sehr zu begrüßen. Geschichte darf nicht vergessen werden. 796 Eberswalder starben als »Helden« im Ersten Weltkrieg.

Interessant ist der Hinweis, daß sich der Eigentümer der Ardelts-Werke damals an der Finanzierung des »Heldenhains« beteiligte. Als Rüstungslieferanten hatten die Ardelts im Weltkrieg Nr. 1 am Tod der 796 Eberswalder ordentlich verdient. Kriegsgewinn und Gewissenlosigkeit der Ardelts potenzierten sich im Weltkrieg Nr. 2. Die heutigen Eigentümer des Kranbaus Eberswalde sehen sich offensichtlich in dieser Tradition. Sonst hätten sie ihr Unternehmen nicht mit dem Namen Ardelts entehrt.



Das Gedenken an die »Helden« des Ersten Weltkrieges ist auch aktuell von großer Bedeutung. Angesichts der weltweiten Aktivitäten der Bundeswehr sollten nicht nur die 1942 abmontierten Bronzeplatten mit den Namen der 796 Toten des Ersten Weltkrieges erneuert werden, sondern auch Reserveflächen für die toten »Helden« der künftigen Verteidigungskriege am Hindukusch oder wo auch immer in der Welt bereitgehalten werden.

Das sind wir den Söhnen unserer Stadt, die aktuell wieder zum Kanonenfutter raffgieriger Rüstungsunternehmen werden, schuldig.

GERD MARKMANN

P.S.: In diesem Zusammenhang verdienen die Bemühungen an der Grundschule »Bruno H. Bürgel« besondere Beachtung, wo Schüler nach wirklichen Helden in der Eberswalder Geschichte suchen und die Biographien jener Menschen erforschten, nach denen u.a. Eberswalder Straßen benannt sind (vgl. MOZ, 16.6.2009).

Die Zukunft des Kinder- und Jugendtourismus...

... entscheidet sich nicht über die Anzahl der Einrichtungen, sondern über deren Qualität. So lautet das Fazit der Tourismuskonferenz, zu der die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) und der Dezernent für Kreisentwicklung Carsten Bockhardt am 30. April 2009 eingeladen hatten.

»Sowohl die geburtenschwachen Jahrgänge als auch die Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind die Ursache für den Rückgang des Tourismus im allgemeinen um 2 Prozent«, so Enkelmann in ihrer Einführung. »Allein der Barnim liegt mit 7 Betrieben und 9 Ferienzentren, teils mit Jahresangeboten, mit insg. ca. 2.400 Betten im Vergleich der Landkreise im Mittelfeld.« schätzte Bockhardt ein. Ein Aktionsplan zum Kinder- und Jugendtourismus, den der Bundestag 2002 annahm sieht vor, bundesweit vergleichbare Standards zu erarbeiten, die Aufnahme gemeinnütziger Träger und übergreifende Förderkriterien zu erarbeiten. In Mecklenburg-Vorpommern entstand so das Qualitätsmanagement Kinder- und Jugendreisen (QMJ) zur Zertifizierung und Klassifizierung von Kinder- und Jugendunterkünften. Die Basisstufe setzt dabei den Schwerpunkt auf die grundlegenden Genehmigungen, um die Sicherheit der Kinder- und Jugendlichen zu gewährleisten. Die darauf

aufbauende Sterneklassifizierung dagegen dient der Einstufung der Unterkunft in 5-Stufen und umfaßt Komfort und Umfang der pädagogischen Angebote. Derzeit beteiligen sich schon ca. 300 Kinder- und Jugendunterkünfte aus 15 Bundesländern am QMJ.

Christine Schilling, Leiterin des KIEZ Hölzerner See in Gräbendorf, betont, daß eine Förderung von z.B. Klassenfahrten gleichzeitig eine Wirtschaftsförderung darstellt, die nicht zu unterschätzen sei. Darum müsse die Sparte des Kinder- und Jugendtourismus endlich dem Wirtschaftsministerium zugeordnet und als separater Wirtschaftsfaktor behandelt werden. Es geht um eine dauerhafte Förderung von Klassenfahrten und Ferienreisen. Der Vorsitzende des KIEZ-Landesverbandes Brandenburg, Joachim Schneider, beklagte die fehlende Datenbasis und forderte ausdrücklich, gesonderte bundesweite statistische Angaben für den Bereich Kinder- und Jugendtourismus zu

erstellen und auszuwerten. Auch gäbe es keinerlei Materialien zur Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen. Ein erster Schritt könnte der Auftrag an die Fachhochschule Eberswalde sein, relevante Daten im Kinder- und Jugendtourismus im Land Brandenburg zu erheben, so Bockhardt als Schlußfolgerung.

Torsten Ukrow, Inhaber von Ki-Ju-Reisen, Mühlwinkel & Ukrow GbR, konnte bereits einschätzen, daß Reisen sowohl durch Familien als auch durch Schulen verstärkt nach dem QMJ-Siegel, ausgesucht werden. Eberhard Gumpel und Gudrun Kapinos vom Regionalpark Barnim Feldmark e.V. forderten die Einbeziehung der Jugendeinrichtungen in die landesweite Radwegeplanung. »Viele Probleme sind angesprochen, viele Gedanken ausgetauscht worden. Wir werden die Entwicklung weiter verfolgen« so Enkelmann zum Abschluß.

BÄRBEL MIERAU

Werkstattgespräch zum Wirtschaftsstandort Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Die Stadt Eberswalde hat die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zur Entwicklung ausgewählter Branchenschwerpunkte und Branchenkompetenzfelder am Standort Eberswalde in Auftrag gegeben. Die Studie wird vom Land Brandenburg im Rahmen der Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur bezuschußt

Ende des vergangenen Jahres wurden die strukturbestimmenden Unternehmen der Branchenkompetenzfelder in der Stadt Eberswalde um Mithilfe bei einer Unternehmensbefragung gebeten. Die Resonanz war durchaus positiv. Ein besonderes Dankeschön geht an allen Mitwirkenden für das Engagement.

Durch zahlreiche Gespräche mit Unternehmen und Institutionen der Stadt und der Regi-

on sowie durch die Analyse der Rahmenbedingungen wurde ein aktuelles Stärken-Schwächen-Profil des Wirtschaftsstandorts Eberswalde skizziert.

Die bisherigen Ergebnisse der Befragungen und der Gespräche wurden am 22. April in einem Werkstattgespräch vorgestellt und können im Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus der Stadt Eberswalde eingesehen werden. Zudem wurden Handlungsansätze für die Stadt Eberswalde zur Stärkung der Schwerpunktbranchen und für die Weiterentwicklung des Standortes erörtert.

Die Untersuchung des Gewerbegebietes an der Heegermühler Straße ist Bestandteil der Machbarkeitsstudie. Dieses Gebiet mit den geschichtlichen Branchenschwerpunkten Me-

talle- und -verarbeitung sowie Maschinenbau liegt in zentraler Lage innerhalb der Stadt Eberswalde. Im Volksmund wird das Gebiet schlicht Kranbaugelände genannt.

Gemeinsam mit den Eigentümern, der Stadtplanung und der Wirtschaftsförderung soll durch eine integrierte Standortentwicklung, die auch Lösungen im Bereich der infrastrukturellen Versorgung umfaßt, das Gebiet entwickelt und erschlossen werden. Die Bestandsaufnahme ist weitgehend abgeschlossen. Nunmehr werden Lösungsansätze erarbeitet.

Der offene Dialog zwischen Verwaltung, Wirtschaft und wirtschaftsnahen Vereinen zeigte deutlich das aufeinander Zugehen und verkörperte den unbedingten Willen für die Entwicklung gemeinsamer Zukunftsstrategien.

»Beeindruckt vom EU-Engagement in Gorzów«

Eberswalde (prest-ew). Kürzlich besuchte Bürgermeister Friedhelm Boginski gemeinsam mit dem Kulturamtsleiter Dr. Stefan Neubacher und der Beauftragten für Städtepartnerschaften Britta Stöwe die polnische Partnerstadt Gorzów. Im Vordergrund stand der Erfahrungsaustausch zu wirtschaftlichen und kulturellen Fragen, speziell mit Blick auf die Europäische Union. Nach einem Vortrag zur Wirtschaftsförderung in der Stadt, speziell auch mit Blick auf die EU-Förderungen, folgte der Besuch in einem der größten Unternehmen Gorzóws: den Rhodia-Werken, bis 2003 bekannt unter dem Namen STILON, einem Chemie-Betrieb mit langer Tradition, heute mit französischem

Mutterkonzern. 245 Mitarbeiter produzieren hier Polyamide und andere Grundstoffe. Auch der Blick auf zahlreiche neue Bauten während der Stadtrundfahrt bestätigten, daß Gorzów dank der EU eine enorme Entwicklung nehmen konnte und auch gegenwärtig noch nimmt. Nächstes großes Ereignis ist 2010 die Eröffnung des neuen Kulturhauses, das ebenfalls mit EU-Fördermitteln entsteht.

Für Dr. Neubacher gab es ebenfalls direkt mit seiner Amtskollegin einen intensiven Austausch zu allen Fragen rund um die Kulturarbeit, aber auch ganz konkret zu möglichen Kontakten und gemeinsamen Projekten. »Ich bin beeindruckt von Gorzów und seinem EU-En-

gagement. Jacek Jeremicz, EU-Spezialist der Stadt Gorzów, ist ein ausgewiesener Fachmann und hat ein Team von vier Mitarbeiterinnen an seiner Seite. Wir müssen sehen, daß wir in Sachen EU für Eberswalde die Weichen stellen, vielleicht sogar gemeinsam mit Gorzów, und personell etwas bewegen können. Darin sehe ich gute Chancen, unsere Stadt weiterzubringen.«

Die Einladung zum fachlichen Gegenbesuch in Eberswalde ist ausgesprochen. Die Karten für »jazz in e.« erfreuten die Kulturamtsleiterin besonders, denn das Eberswalder Jazz-Festival ist auch in Gorzów, einer Hochburg des Jazz in Polen, bekannt. Künstler von dort traten bereits bei »jazz in e.« auf.

Viertes Panketaler Baumfest

Am 10. und 11. Juli 2009 findet bereits zum viertenmal das Panketaler Baumfest statt. Familien mit Kindern, »Baumfreaks«, Wissensdurstige und Gartenbesitzer – Alle sind herzlich eingeladen! Veranstaltungsort ist in diesem Jahr der »Robert-Koch-Park« (Bebelstr. 62 a–c, 16341 Panketal/OT Zepernick). Lassen Sie uns gemeinsam etwas »hochleben«, das es verdient geehrt zu werden: Den Baum – Einen wichtigen Teil unseres Lebens!

10. Juli 2009, 19.30 Uhr:

»Käfernacht« im Robert-Koch-Park
Lernen Sie die Insektenwelt des Robert-Koch-Parks bei Nacht kennen – sachkundig begleitet durch Timothy Kappauf. Für ein Lagerfeuer und Getränke ist gesorgt.
Bebelstr. 62 a–c/OT Zepernick, 16341 Panketal

11. Juli 2009, 14.00 Uhr:

Baumwanderung mit Gabriele Breest-Grohnwald »Von Snaadergängen, Bifang und Krammetbäumen« – Baumgeschichten, spannende Geschehnisse und Kulturgeschichtliches rund um den Wald Treffpunkt am Gemeinschaftshaus Barnimer Jugendwerk, Mommsenstr. 11/OT Zepernick, 16341 Panketal.
Die Wanderung endet um ca. 16 Uhr am Robert-Koch-Park.

Ab 15.00 Uhr:

Großes Familienfest im Robert-Koch-Park. Malen, Basteln und Filzen, Kinderschminken,

Baumquiz, Geschicklichkeitsspiele, Kaffee, Kuchen, Eis und Kulinarisches (inspiriert vom Ahorn), Stockbrot, Lagerfeuer

Ab 16.00 Uhr:

Fachvorträge im Robert-Koch-Park
• Andreas Krone, Geschäftsführer Wasser- und Bodenverband Finowfließ:
»Gewässerentwicklungskonzept der Panke«
• Dr. Alexander Schatjajew, Eden e.G.:
»PhytoFit – ein Garten der Gesundheit«, der diplomierter Obstbauer und Forstwirt berät Sie als außerdem als Baumdoktor, bringen Sie einfach ein Foto oder Blätter Ihres »Patienten« mit zum Fest.

Ab 17.30 Uhr:

Livemusik mit der Band »Die Tondiebe« (Berlin)
Schlager und Chansons aus 10 Jahrzehnten (Besetzung: Gesang, Kontrabaß, Akkordeon, Gitarre)

STEFAN STAHLBAUM

Wanderausstellung zu Integrationsfreizeiten

Altenhof/Senftenberg (abb). Seit 1991 gestaltet der Allgemeine Behindertenverband Land Brandenburg e.V. in den Sommerferien Erlebnisfreizeiten für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen in der Europäischen Jugendholungs- und Begegnungsstätte (EJB) am Werbellinsee in der Schorfheide zwischen Altenhof und Joachimsthal.

Dieses jährliche Selbsthilfeprojekt bereichert als offenes Integrationsangebot die soziale Infrastruktur des Landes in einem ganz besonderen Maße. Neben dem Integrationskonzept, der Zusammensetzung und Größenordnung des Projekts mit ca. 230 bis 240 Teilneh-

mern in zwei Durchgängen beeindruckt die inhaltliche Gestaltung der Freizeiten mit etwa 100 ehrenamtlichen Betreuern, darunter Pädagogen, Ärzte und medizinisch-pflegerisches Fachpersonal.

Seit dem fünfzehnjährigen Jubiläum im Jahre 2005 gibt es über dieses Integrationsprojekt eine eigenständige Ausstellung. Gegenwärtig »wandert« die Ausstellung durch Landes- und Amtsgerichte mit ihrem regen und wechselnden Besucherverkehr. Den Anfang machte im November 2005 das Landgericht Potsdam. Seit dem 20. Mai 2009 kann die Wanderausstellung im Amtsgericht Senftenberg besucht werden.

Eberswalder Ansichten



SIEGFRIED KERSTEN, Marktplatz Eberswalde

Galerie Bernau:

»Zeitwind«

Vom 4. Juli bis 15. August präsentiert sich in der Galerie Bernau, ihr Jahresmotto »Zeitwind« aufgreifend, eine Ausstellung, die dem Dialog zwischen Bildender Kunst und Literatur gewidmet ist. Die Vernissage dazu findet am 3. Juli um 19 Uhr statt. Gezeigt werden Arbeiten verschiedenster Genre von Brandenburger und Berliner Künstlern. Sie verdeutlichen, wie unterschiedlich das inspiriert Werden von literarischen Stoffen seinen Weg in Bild- und Formensprache findet. Der Betrachter kann künstlerischen Handschriften begegnen, die aus früheren Expositionen der Bernauer Galerie vertraut sind. Diese fügen sich mit Werken bislang nicht gezeigter Künstler zu einem spannungsvollen Ausstellungsgeschehen, das seine Lebendigkeit aus dem Neben- und Miteinander der so mannigfachen künstlerischen Ausdrucksweisen bezieht.

Gemeinschaftsausstellungen haben mit den Ausstellungsreihen »Köpfe« und »Handzeichnung« eine gute Tradition in der Galerie Bernau. Die aktuell anstehende Präsentation geht aber über die reine Ausstellungstätigkeit hinaus. Nicht nur in den Exponaten wird der Dialog von Bildender Kunst und Literatur gegenwärtig sein, sondern durch eine die Ausstellung begleitende Lesereihe auch unmittelbar in den Galerieräumen stattfinden. Dafür konnten namhafte SchauspielerInnen gewonnen werden, die aus Film- und Fernsehproduktionen, Theaterarbeit und von Kabarettbühnen bekannt sind, darunter auch zwei Preisträger der Deutschen Filmpreises.

Die fünfteilige Veranstaltungsreihe bietet jeweils um 19 Uhr:

Mittwoch, 8. Juli: Jutta Hoffmann liest aus den Tagebüchern von Brigitte Reimann

Freitag, 17. Juli: Franziska Troegner liest aus Alfred Kerr »Wo liegt Berlin«: »Briefe aus der Reichshauptstadt von 1895-1900«

Freitag, 24. Juli: Otto Mellies präsentiert sein Programm »Alles Theater«

Freitag, 7. August: Andreas Schmidt liest aus Knut Hamsun »Hunger«

Freitag, 14. August: Ursula Werner liest aus Gerhard Haase-Hindenberg »Die Hexe von G.«.

Eintrittskarten zu 12 Euro (ermäßigt für FBK-Mitglieder sowie Schülerinnen und Schüler 10 Euro) bzw. das Kombiticket zu 50 Euro (ermäßigt 42 Euro) sind im Vorverkauf in der Galerie zu den regulären Öffnungszeiten (Dienstag bis Freitag 10 - 18 Uhr und Samstag 10 - 16 Uhr) oder per telefonischer Bestellung (03338/8068) erhältlich.

ANTJE SCHULTZ

Förderkreis Bildende Kunst Bernau e.V.

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

SV Motor Eberswalde wird 100

Jubiläums-Festwoche vom 4. bis 11. Juli

Im Jahr 2009 feiert der Sportverein Motor Eberswalde sein 100-jähriges Bestehen. Am 1. Juli 1909 wurde der Sportverein unter dem Namen »Preußen 09« gegründet. Die beiden Weltkriege, die Zeit des Faschismus und auch die schwierige Zeit nach dem Beitritt der DDR zur BRD störten die kontinuierliche Entwicklung des Vereins. Doch dank des Engagements der Sportler erstand der Sportverein immer wieder neu. Heute gehören zum Verein fast 1000 Mitglieder, darunter 375 Kinder. Anlässlich des 100-jährigen Bestehens findet vom 4. bis zum 11. Juli eine Jubiläums-Festwoche statt.

Zum Auftakt wird am 4. Juli ein traditioneller Umzug durch die Stadt vom Westendstadion zum Fritz-Lesch-Stadion stattfinden.

Im Fritz-Lesch-Stadion gibt es dann ein großes Sportfest mit anschließender Tombola.

Die Festwoche wird am 11.07.09 mit einem großen Sportlerball beendet.

Anzeige

Einwohnerversammlung im Brandenburgischen Viertel

Hiermit laden wir die Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils Brandenburgisches Viertel zur Einwohnerversammlung ein:

Termin: 02.07.2009, 18.30 Uhr

Ort: Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel, Schorfheidestraße 13, 16227 Eberswalde

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung durch den Ortsvorsteher
2. Bericht des Bürgermeisters
3. Informationen über den Bürgerhaushalt
4. Fragen, Hinweise und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner mit anschließender Diskussion

Friedhelm Boginski (Bürgermeister)
Carsten Zinn (Ortsvorsteher)

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____
2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Anzeigen

Erinnerungen – Meinungen – Standpunkte

Ein Beitrag zu »20 Jahre Mauerfall«

So sehe ich die DDR

am 23. Juni 2009, 18 Uhr
im Sitzungssaal
des Paul-Wunderlich-Hauses
mit den Mitgliedern
des Landtages Brandenburg
Margitta Mächtig, DIE LINKE
und
Thomas Lunacek, CDU
Moderation: Sabine Rakitin (MOZ)

> Feste feiern
ohne Nazis

Der DVU den Stecker ziehen <



Antifaschistische Demonstration
gegen das DVU-Sommerfest

20. Juni 2009 / 14h / Eberswalde Hbf

mehr Infos: www.inforlist.de/EW

<http://www.bar-blog.de/barnimer-buergerpost/>

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: abb e.v., EXIL, Markmann (3), Mierau, Noack, Schrader (Zeichnung)

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 13. Juni 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 11.7.2009, 12 Uhr.